Protokoll

der 37. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 19. November 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	*Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Beat Flury, I. Ratssekretär* *Sabine Canton, II. Ratssekretärin* *Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
Abwesende:	*Zaira Esposito (SP), Nicole Amacher (SP), Ismail Mahmoud (SP), Fina Girard (Grüne/jgb), Lukas Faesch (LDP), Georg Mattmüller (SP), Anouk Feurer (Grüne/jgb).*

Verhandlungsgegenstände:

64. Resolution betreffend JA zur Realisierung des Nachtzuges Basel-Hamburg-Kopenhagen-Malmö! 3
32. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend entsiegelte sowie ökologisch aufgewertete Verkehrsinseln und Verkehrskreisel, Schreiben des RR 8
33. Anzug Daniel Hettich und Konsorten betreffend Optimierung der Haltezeiten der S6 am Badischen Bahnhof, Schreiben des RR 10
34. Anzug Andrea Strahm und Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Überwachung der Gebühren gemäss NörV, Schreiben des RR 12
35. Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend mehr Biodiversität auf Grünflächen – "Bunte Wiesen statt Rasen", Schreiben des RR 12
36. Interpellation Nr. 83 Stefan Wittlin betreffend Erhalt der historischen Gebäude auf dem Klybeck-Areal, Schreiben des RR 15
37. Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Umnutzung des Roche-Parkhauses an der Schwarzwaldallee zu einem Quartierparking, Schreiben des RR 16
38. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend einfachere Umsetzung Begegnungszonen, Schreiben des RR 17
39. 39. 24.5022 Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Wiederaufnahme regelmässiger Wochenendfahrgelegenheiten des Rufbus auf dem Friedhof Hörnli, Schreiben des RR 17
40. Interpellation Nr. 111 Nicola Goepfert betreffend undemokratisches Comeback des Autobahn-Rheintunnels, Schreiben des RR 18
41. Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend sofortigen Verzicht auf sämtliche Massnahmen des Kaskadenmodells, Stellungnahme des RR 19
42. Interpellation Nr. 91 Thomas Widmer-Huber betreffend Menschenhandel auch ab 2026 als Schwerpunkt der Kriminalitätsbekämpfung in Basel-Stadt, Schreiben des RR 27
43. Interpellation Nr. 92 Lisa Mathys betreffend wieso führt eine emissionsintensive Töff-Parade mitten durch Wohnquartiere, Schreiben des RR 27
44. Interpellation Nr. 96 Joël Thüring betreffend Umsetzung des Verhüllungsverbots in Basel-Stadt, Schreiben des RR 28
45. Motion Barbara Heer und Konsorten betreffend Entschädigung der angeordneten Umkleidezeit aller Mitarbeitenden der Verwaltung in der Form von Zeit, Stellungnahme des RR 29
46. Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Bekämpfung des Fachkräftemangels – mehr Lernende im Bereich der Informations-und Kommunikationstechnik in der Verwaltung, Schreiben des RR 31
47. Motion Ivo Balmer und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den aktiven Landerwerb, Stellungnahme des RR 31

Beginn der 37. Sitzung

Mittwoch, 19. November 2025, 09:00 Uhr

64. Resolution betreffend JA zur Realisierung des Nachtzuges Basel-Hamburg-Kopenhagen-Malmö!

[19.11.25 09:00:05, 25.5491.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur heutigen Morgensitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Vertretung in Kommissionen

Die Fraktion SP hat mitgeteilt, dass ab sofort für sechs Monate Jessica Brandenburger Zaira Esposito in der BKK und Seyit Erdogan Zaira Esposito in der Regiokommission vertreten wird. Zusätzlich wird ab 1. Februar 2026 bis 30. Juni 2026 Melanie Eberhard in der GSK durch Seyit Erdogan und in der Regiokommission durch Lisa Mathys vertreten.

Urteilsbegründung TC Old Boys

Wie bereits kommuniziert hat das Appellationsgericht den Rekurs von Daniel Berlin und weiteren Rekurrierenden gegen den Beschluss des Grossen Rates vom 11. Dezember 2024 betreffend Festsetzung eines Bebauungsplans sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich St. Galler-Ring, Neubadstrasse, General Guisan-Strasse (Areal Tennisclub Old Boys, Schützenmatte West) abgewiesen. Nun liegt auch die schriftliche Urteilsbegründung dafür vor. Bei Interesse kann man diese beim Parlamentsdienst einsehen.

Jass-Turnier

Ich kann Ihnen mitteilen, dass der Sieg am letztwöchigen Jass-Turnier in Basel-Stadt geblieben ist. Ich gratuliere Felix Wehrli herzlich zum Sieg. [Applaus]

Balz Herter, Grossratspräsident: Dies waren meine Mitteilungen.

Wir kommen zur Traktandenliste und starten dort mit der Resolution von Tim Cuénod betreffend JA zur Realisierung des Nachtzuges Basel-Hamburg-Kopenhagen-Malmö. Die Fraktion SP hat einen Entwurf für eine Resolution aufgelegt, der Resolutionstext liegt Ihnen vor. Sie haben die Behandlung der Resolution auf die Tagesordnung gesetzt. Gemäss § 54 der Geschäftsordnung kann eine Resolution nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen gefasst werden.

Wir starten mit den Sprechenden. Als erstes hat sich Erich Bucher als Fraktionssprecher für die FDP gemeldet.

Erich Bucher (FDP): Die FDP-Fraktion wird Nein zu dieser Resolution sagen. Es geht uns nicht primär um die Zuglinien nach Malmö, denn das ist ein unternehmerischer Entscheid, den die SBB selber in einem liberalisierten Zugsmarkt trifft, und wenn wir die Verträge mit Europa, die Bilateralen III annehmen, werden die Subventionen dann sowieso hinfällig werden. Nein, uns geht es eigentlich um das Image, das wir als Basel in Bern haben und jetzt sogar noch verstärken wollen. Wer immer für den Ausbau des Bahnknotens hier in Basel ist, darf die Motion heute nicht unterstützen. Wir überladen das Fuder in Bern, wir fordern, wir fordern, wir fordern. Heute ist die Möglichkeit da, jetzt zurückhaltend zu werden und realistisch zu bleiben, sonst heisst es dann in Bern wirklich, die Basler wollen das Weggli, wollen die Butter auf dem Weggli und gleichzeitig sogar noch das Verkaufspersonal. Wenn Sie also das Herzstück unterstützen und sicherstellen wollen, dass das irgendwann einmal gebaut wird, dann halten Sie sich jetzt mit der Finanzierung hier zurück.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Vorneweg haben wir ja dieses Jahr gelernt, wie wichtig es ist, dass man gute Verbindungen hat nach Malmö, man kriegt dann zum Beispiel so einen mega schönen Mantel, habe ich mir gedacht, aber Spass beiseite. Wir von den Grünen unterstützen natürlich die Resolution. Obwohl wir sehen, dass die Wirkung in Bern vielleicht nicht extrem gross sein wird, sind wir absolut der Überzeugung, dass man dieser Streichung des Nachtzugs, dieser schädlichen Streichung etwas entgegensetzen muss. Wir als Kanton, der sich hohe Klimaziele gesteckt hat, aber auch wir als Schweiz, die sich diese Klimaziele steckt, kann nicht einen solchen Kompromiss, wo man wirklich als Kompromiss noch die 10 Millionen hat, dann wie auch noch aus dem Päckchen rauswerfen. Ich glaube, es braucht hier auch eine klare Haltung dafür, dass es Kantone gibt, dass es auch Bevölkerungen gibt, die das Angebot möchten, dass man hier ein klares Zeichen dafür setzt. Unser Kanton ist ein solcher Kanton, unsere Bevölkerung nutzt die Nachtzüge, das kann ich bestätigen. Das heisst nämlich auch nicht, dass man nicht mehr weiterhin fliegen darf, sondern dass wir dem Zug auch den nötigen Schub geben. Das ist eine wunderbare Möglichkeit, wie wir hier als Kanton ein Zeichen setzen können in diese Richtung, dass man dem Zug den Schub gibt, dass man die Sachen attraktiver machen kann und ich habe auch nicht das Gefühl, dass das unserem Image schadet, und unsere Fraktion auch nicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Brigitta Gerber für die BastA.

Brigitta Gerber (BastA): Wir von BastA unterstützen die vorliegende Resolution aus verschiedenen Gründen, die ich gleich aufzählen werde, vorab danke aber dem Hauptantragsteller für seine Aufmerksamkeit. Ich selbst bin ein grosser Fan von Nachtzügen, sie sind bequem und luxuriös. Allerdings wollte ich vor zwei Jahren mit meinem Sohn eine Reise nach Amsterdam machen und dieses Erlebnis auch ihm näherbringen und der Schlafwagen war tatsächlich noch aus den 70er-Jahren, wie die Klebebilder an den Wänden dokumentierten. Leider hat es auf der Toilette auch so gestunken, als wäre seither nicht viel putztechnisch oder renovierungstechnisch gemacht worden.

Investitionen, nicht nur in den Zug, sondern vor allem in den Nachtzug, sind dringlich. Eine Streichung unverständlich, wie ja auch die Beliebtheit der Routen Berlin-Wien zeigen. Vor allem für uns in Basel ist so ein Zugnetz wichtig. Internationale Verkehrsnetze sind für eine Grenzstadt fast ebenso wichtig wie die gute regionale Anbindung, die als Argument genannt wird, um den Nachtzug wegzunehmen. Bequem, ökologisch und momentan weniger den zunehmenden Drohnenbedrohungen zum Beispiel, kann man auch nennen, ausgesetzt, die vor allem Flugzeuge und Flughäfen bedrohen. Dass der Bund seine Ambitionen hier aufgeben will, ist uns wirklich nicht verständlich.

Zudem ist seit letzter Woche zu hören, dass eine solche Subvention aus dem gleichen Topf gesprochen wird wie die Triebmittelunterstützung für den Flugverkehr. Eine Streichung der Subvention für die Nachtzüge würde gleichzeitig bedeuten, dass die Flugwirtschaft zusätzlich subventioniert wird. Dass die ständerätliche Finanzkommission dann vor ein paar Tagen kommunizierte, dass sie die im CO_2-Gesetz vorgesehene Förderung von Nachtzuglinien stoppen und das Geld stattdessen den Fluggesellschaften schenken will, ist ebenfalls vollkommen unverständlich. Sie verhindert damit nicht nur den Nachtzug nach Kopenhagen und Malmö, sondern zerstört auch jede Planungssicherheit für die SBB und torpediert den Ausbau des internationalen Zugverkehrs grundsätzlich.

Mit der vorliegenden Resolution hoffen wir, dass die Mitglieder der Eidgenössischen Räte ein Einsehen haben und die Unterstützung für den Malmö-Nachtzug sprechen und das Netz wie geplant ausbauen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Die SVP-Fraktion lehnt die Resolution auch ab aus ähnlichen Gründen wie die FDP-Fraktion. Nur ein paar Zahlen. Der Zug soll etwa 16 Stunden unterwegs sein von Basel bis Malmö. Mit dem Flugzeug fliegen Sie nach Kopenhagen heute schon in einer Stunde 50 und danach fahren Sie mit dem Zug vom Flughafen Kopenhagen nach Malmö in 40 Minuten. Das heisst, es wird nur Reisende, die den Weg als Erlebnis anschauen, anziehen können. Und ja, das gibt es und auch ich habe das schon toll gefunden, einen Nachtzug zu nehmen, wenn ich in die Ferien reise, das mag gemütlich sein, das mag Spass machen. All jene, die unter Zeitdruck sind, alle Geschäftsleute zum Beispiel, oder all jene, die ein langes Wochenende machen wollen in Malmö, und Malmö gibt wahrscheinlich nicht genug her für eine Woche oder zwei Wochen Urlaub, all jene also werden weiterhin mit dem Flugzeug gehen.

Schlussendlich kann uns das hier aber vollständig egal sein, wer den Zug nehmen will und wer das Flugzeug nehmen will. Jeder soll das machen, was er will, wofür er sein Geld aufwenden will, das ist nicht unsere Aufgabe. Aber was unsere Aufgabe auch nicht ist, das ist den Bundesparlamentariern zu sagen, wo sie mit 100 bis 200 Franken pro Passagier ein Angebot, das nur für eine Nische gedacht ist, unterstützen sollen. Aus diesen Gründen werden wir die Resolution nicht unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher für die LDP ist Michael Hug.

Michael Hug (LDP): Die LDP unterstützt diese Resolution, und zwar aus folgenden Gründen. Mit der Resolution, die heute hier auf dem Tisch liegt, haben wir eine Situation geschaffen, die sehr heikel ist. Lehnt das Parlament diese Resolution ab, werden wir den Entscheid in Bundesbern eigentlich schon vorwegnehmen. Wieso sollte das eidgenössische Parlament gegen den Willen von Basel-Stadt sagen, nein, diesen Zug wollen wir trotzdem, wenn wir uns nicht mal einig sind, und das finde ich sehr bedenklich. Wir brauchen eine Zweidrittelmehrheit, sonst ist die Diskussion sowieso schon vom Tisch.

Grundsätzlich kann man Einwände haben gegen Nachtzüge, man kann Einwände haben gegen die Finanzierung dieser Nachtzüge, ich meine, es ist tatsächlich so, dass der Zug in Basel beginnt und die längste Reisestrecke nicht in unserem Land verkehrt, und dennoch wird er subventioniert von der Schweiz, von der Eidgenossenschaft. Aber es ist auch eine Ausmehrung, dass genau dieses Projekt am Ende obsiegt hat gegen alle anderen Verbindungen, die ebenfalls zum Beispiel von Genf nach Lyon geplant gewesen waren oder von Zürich gegen Osten hin. Die einzige Verbindung, die jetzt noch vorgesehen ist, ist genau die von Basel nach Malmö, die übrigens nicht einfach Basel-Malmö ist. Da gibt es einige auch sehr spannende und wichtige Stationen dazwischen wie Kopenhagen, die sehr interessant sind, gerade über den Nachtzug, wo die Reisedauer nicht eine wesentliche Rolle spielt, zu erreichen sind. Und die Preise sind wegen der hohen Subvention sehr kompetitiv, das heisst, man kann auch davon ausgehen, dass dieses Angebot genutzt wird und durch das dieses bescheidene Verlagerungsziel oder diesen Effekt auch umgesetzt werden kann.

Zu den Punkten von Erich Bucher möchte ich nur sagen, wir wollen ja hier nicht die Butter auf dem Brot und noch die Kirche auf der Torte, sondern die Realität sieht ja anders aus. Wir fordern und fordern und fordern nicht einfach ohne Grund. Unsere Bahnausbauten sind seit Jahrzehnten, und das sagt auch Professor Weidmann in seinem Bericht, eher unterproportional ausgebaut worden. Und das muss man dann schon auch auseinandertrennen, der Ausbau Bahnknoten Basel hat mit dieser Verbindung jetzt relativ wenig zu tun. Diese könnte nämlich auch direkt nächstes Jahr beginnen mit dem Betrieb, was bei den anderen Bauprojekten ja überhaupt nicht wahrscheinlich ist. Und darum, nehmen wir doch diesen Brotkrümel, den wir hier haben können, doch auf. Es ist auch für den Standort Basel interessant, wenn auf der anderen Seite nämlich in Kopenhagen Basel SBB steht. Das ist nicht nur touristisch interessant, sondern es ist auch so, dass man durch das die Sichtbarkeit unserer Stadt erhöhen kann.

Nachtzüge haben dennoch gewisse Vorteile, der Strom in der Nacht ist günstiger, man kann die Trassen benutzen, die am Tag verstopft sind, und es ist auch ein Ziel, das wir haben über unsere Bundesverfassung, dass wir diese Klimaziele erreichen möchten und das ist vielleicht ein bescheidener Beitrag dazu, darum würde ich dringend empfehlen, dass wir diese Resolution hier heute unterstützen, um nicht einen fait accompli zu schaffen in Richtung Bundesbern.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Es scheint mir wichtig, wenn es um die Vertretung unserer Interessen in Bern geht, dass wir zum einen natürlich regelmässig präsent sind. Ich bin der Meinung, wir sollten Interessen durchaus mit einem gewissen Selbstbewusstsein vertreten, und wenn man gleichzeitig einfach, man hat jetzt bei den Nachtzügen eine Miniversion momentan, es war ursprünglich ein viel grosszügigerer Ausbau vorgesehen, und wenn man jetzt diese Verbindung, die für uns wichtig ist, ich denke, für eine Stadt wie Basel sind internationale Verbindungen wirklich ein Faktor, dann sollten wir auch unsere Basler Interessen ein bisschen selbstbewusst vertreten und sagen, es geht doch nicht, dass man gerade bei den internationalen Verbindungen so spart. Übrigens ist auch die Notwendigkeit, hier zu sparen, gesunken, die Steuereinnahmen beim Bund sprudeln erfreulicherweise offenbar deutlich mehr als erwartet.

Es ist auch im Basler Interesse, Michael Hug hat es genannt, wegen der Ausstrahlung dieser internationalen Verbindung und durchaus auch wegen des Tourismus. Gerade in Skandinavien gibt es viele Menschen, die, sagen wir, der Kurzzeitfliegerei eher abgeneigt sind und wo Nachhaltigkeit ein Faktor ist und wo quasi die direkte Erreichbarkeit durchaus sich positiv auswirken kann mit dem Zug auf Übernachtungszahlen in Basel und darüber hinaus.

Ein Grund für diese Resolution ist auch, mit was für absurden Argumenten in Bern gegen diese Verbindung argumentiert wurde. Sie konnten vorher sehen, dieser Zug hält auch in Hamburg, an verschiedenen dänischen Destinationen, bei Kopenhagen und in Malmö schlussendlich. Philipp Matthias Bregy, der Parteipräsident der Mitte, ich hoffe, es sind nicht alle Parteikollegen von ihm gleicher Meinung, hat gesagt nach dieser Entscheidung des Ständerates, ja, es gäbe ja überhaupt keinen Flug von Basel oder von Zürich nach Malmö und da gäbe es überhaupt keine Bedürfnisse. Man muss sehen, Malmö hat selbst nur einen Miniflughafen im Osten von Malmö, da fliegen irgendwie sechs, sieben Flieger pro Tag, aber der eigentliche Flughafen von Malmö ist Kopenhagen und von Basel aus fliegt fast jeden Tag ein Flug nach Kopenhagen, von

Zürich aus sind es sieben Flüge pro Tag, die nach Kopenhagen fliegen, und Sie erreichen vom Flughafen, der ist dort, wo Kastrup steht, dieser Flughafen, da erreichen Sie Malmö im Zug in 24 bis 26 Minuten, die Stadt Kopenhagen selbst in 12 Minuten. Also ist das natürlich ein Angebot für den Flugersatz, nicht für Business-Reisende, die sehr im Stress sind, aber für viele andere und Malmö ist ja eben durchaus auch ein Tor für Skandinavien. Ich kenne durchaus Leute, die auf dieser Strecke häufiger unterwegs sind und da wäre das nun wirklich ein attraktives Angebot.

Das ist ein Zeitungsbeitrag. Sie sehen hier die CO_2-Emissionen pro Person und Strecke. Erstens, was fällt auf? Da geht es von Bern aus, die CO_2-Emissionen von Nachtzügen sind noch einmal geringer als am Tag. Man bremst weniger, man fährt weniger an, es gibt verschiedene andere Gründe. Man reist auch nicht zu Zeiten, wo der Stromverbrauch sowieso schon wahnsinnig hoch ist, man entlastet damit auch die Nutzung tagsüber. Ich sehe diese Verbindung als kleinen Schweizer Beitrag zum internationalen Klimaschutz. Die ÖBB, die österreichischen Bundesbahnen, haben zum Beispiel ein sehr viel grosszügigeres Nachtnetz und dass wir es jetzt mal mit dieser einen Verbindung versuchen würden, hätte, denke ich, durchaus einen positiven Einfluss und wäre ein Beitrag auf der Nord-Süd-Verbindung, dass man wirklich auf die Fliegerei verzichten kann, wenn man nicht besonders im Stress ist, in besonders starkem Ausmass.

Ich denke, aus all diesen Gründen wäre es sinnvoll, dass wir gegenüber den eidgenössischen Räten ein klares Signal geben und das klare Signal ist, dass für uns in Basel diese internationalen Verbindungen wichtig sind, und das zweite klare Signal ist, dass es nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz ist, wo man effektiv gewisse Fliegerei reduzieren könnte, und dieser im europäischen Rahmen eine Rolle spielt, sondern auch für Basel, für uns jetzt eine gewisse regionale Bedeutung hat. Andere stehen auch selbstbewusst ein für ihre Regionalzüge, die zum Teil hochdefizitär sind. Für uns in Basel sind neben dem Ausbau des Agglomerationsverkehrs und neben der Realisierung des Herzstücks nun einmal die internationalen Verbindungen besonders wichtig und da ist der Nachtzug ein Teil davon und ich denke, dafür sollten wir wirklich offen einstehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Frei nach dem Motto, traue keiner Grafik, die du nicht selbst gefälscht hast, ist hier beim Flugzeug der Privatjet genommen, weil ich habe es nachgeschaut, EasyJet fliegt mit weniger als einem Viertel CO_2-Ausstoss als gemäss Ihrer Grafik.

Tim Cuénod (SP): Ganz so genau habe ich nicht nachgeschaut, es würde mich aber überraschen, wenn der Flugverkehr auf dieser Strecke einen deutlich geringeren CO_2-Ausstoss mit sich bringt als der Autoverkehr.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Tim Cuénod, Sie setzen sich sehr stark für diesen Zug ein. Ich wollte Sie fragen, kennen Sie jemanden in Malmö oder warum sind Sie so für diese Strecke? Ich kann Ihre Resolution unterstützen, ich wollte nicht sprechen, aber als Zugfahrer möchte ich mich hier auch noch äussern. Basel hat eine grosse Tradition als Eisenbahnknotenpunkt in der Mitte von Europa. Herr Amiet, ich nehme die Bahn, die Grünen auch und ich bin für diese Resolution. Es ist schon so, die Eisenbahn ist teurer als das Flugzeug. Ich zahle aber gerne mehr, weil ich nicht gerne fliege. Persönlich, Tim Cuénod, wenn man ein bisschen zurückschaut, ich bin ein bisschen älter als Sie, vermisse ich, und dieser Wunsch ist leider nicht in Erfüllung gegangen, ich war damals zu klein, heute würde ich es machen, ich vermisse den direkten Kurswagen Basel-Moskau. Der wurde ja vor 15, 20 Jahren abgeschafft und ich vermisse den Kurswagen Basel-Moskau, weil ich jetzt ein Halbjahres-Visum für Russland habe und man wegen diesen Sanktionen da schlecht hinreisen kann.

Ich bin ja für die Resolution, aber wir müssen dann zu Ihren Statistiken schon noch die Wahrheit sagen und als Gymnasiallehrer werden Sie mir zustimmen, dass ich eine Ergänzung anbringen darf. Sicherlich haben Sie vom Aspekt der Umwelt alles richtig gebracht und ich glaube Ihrer Statistik. Jemand hat gesagt, glaube keiner gefälschten Statistik, ausser du hast sie selbst gefälscht, aber die Statistik ist gut. Aber Sie haben etwas vergessen und das möchte ich Ihnen präsentieren und ich möchte Sie bitten, mir dann beim Schlusswort eine Antwort darauf zu geben. Ihre Sache ist gut, finde ich okay, aber Tim Cuénod, bitte seien Sie mir nicht böse, die Nachtzüge sind aus vergangener Zeit. Das ist vorbei, früher ist man mit dem Schiff in die USA gereist, heute machen das alle mit dem Flugzeug und ich muss sagen, wenn wir jetzt das haben, Basel-Malmö oder Basel-Skandinavien, nach Statistik nehmen nur 0,1% den Nachtzug und 99,9% aller Passagiere fliegen. Das sind Tatsachen, 99,9% sind halt keine Grünen und die nehmen ein Flugzeug und ich bin bei diesen 0,1% und nehme den

Nachtzug. Ich war jetzt diesen Sommer in Bulgarien und bin drei Tage mit dem EuroRail-Ticket durch Osteuropa gereist bis ans Schwarze Meer und wieder drei Tage zurück.

Und dann noch eine letzte Ergänzung. Sie haben gesagt, Sie sind gegen die Kurzflüge, aber wenn Sie jetzt auf die Landkarte schauen, Skandinavien-Schweiz ist kein Kurzflug. Ein Kurzflug ist Paris, Hamburg-Basel, Berlin-Basel, München-Basel, das sind Kurzflüge. Aber Skandinavien-Schweiz würde ich jetzt nicht als Kurzflug bezeichnen. Sie müssten ehrlich sein, das ist ein Mittelstreckenflug, es ist kein Langflug wie Basel-New York, Istanbul, Moskau, aber Skandinavien-Schweiz ist keine Kurzstrecke, das ist ein Mittelstreckenflug und da bitte ich Sie auch um Ergänzung. Und ich möchte einfach die Frage von Ihnen beantwortet haben, ob das stimmt, dass nur 0,1% Basel-Malmö mit dem Zug machen und 99,9% mit dem Flugzeug.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Ich hätte auch Grün drücken können, aber ich rede keine zehn Minuten, also bleibe ich beim Einzelvotum. Generell bin ich skeptisch gegenüber dieser Resolution. Ich denke, eine Resolution sollte beschränkt sein auf Eingaben mit wirklich persönlicher Betroffenheit unseres Rates. Aber abgesehen davon finde ich, die Reiserei ist generell zu billig. Ob jetzt Züge oder Flugzeuge, wir sollten Reisen eher limitieren, weil ob jetzt der nördliche Wendepunkt, ob die Everglades, ob Interlaken oder andere Touristenorte, sie leiden, sie sind überschwemmt, auch die Bergsteigerei, Nepal, usw.

Das ist das eine, das andere ist, wir sollten die Fliegerei verteuern aus genau diesem Grund und nicht die Zugfahrten verbilligen. Es ist nicht in Ordnung, dass nach wie vor keine Emissionsabgaben bezahlt werden müssen von den Flugzeugen. Wir haben die in allen anderen fossilen Verkehrsbetrieben, aber nicht in der Fliegerei und dort müssen die Anstrengungen ansetzen und nicht in einem Nachtzug nach Malmö. Das finde ich vollkommen den falschen Ansatz und deswegen haben wir auch entschieden, hier ein Nein einzulegen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Tim Cuénod hat sich als Einzelsprecher gemeldet.

Tim Cuénod (SP): Andrea Strahm, von Kostenwahrheit im öffentlichen Verkehr sind wir derart weit entfernt und derart viele Linien sind direkt oder indirekt subventioniert, wir reden schon gar nicht von der Externalisierung der Kosten, dass man manches nicht gegeneinander zwingend so aufrechnen sollte. Es geht hier um eine attraktive Alternative zum Flugverkehr. Die Kerosinsteuerfreiheit ist momentan in internationalen Verträgen abgesichert. Ein Fraktionskollege von Ihnen sprach sogar von völkerrechtlichen Verträgen. Die abzuändern wird von der Schweiz aus, die wir ja nicht Mitglied der Europäischen Union sind, ganz schwierig. Hingegen einen kleinen Beitrag zu leisten, dass es attraktive internationale Verbindungen gibt, und wir profitieren ja auch davon, wenn die Österreichischen Bahnen zum Beispiel Nachtzüge anbieten, das liegt in unserer Hand, das kann man machen mit Subventionen, die nun nicht exorbitant sind.

Zum grösseren Kontext beantworte ich auch gerne noch die andere Fragen, ist es so, dass wir ein gewisses vorsichtiges Revival haben der Nachtzugverbindungen in Europa, dass das durchaus mehr werden könnte, gerade auch wegen der Überlastung vieler Strecken tagsüber, gerade in sehr dicht besiedelten Gebieten, wo sich das durchaus lohnen könnte, und wir als Schweiz einen kleinen Beitrag leisten könnten. Wie gesagt, ich finde es gerechtfertigt, dass wir hier unsere Basler Interessen vertreten.

Und um vielleicht doch noch etwas zu sagen, mich stört, wenn hier manche in Bern, und ich habe den Parteipräsidenten der Mitte Bregy genannt, mit Argumenten nun wirklich hier ins Feld ziehen, das ausspielen gegen kleine Regionalverkehrslinien in der Schweiz, das finde ich hoch problematisch auch für den Zusammenhalt des Landes. Es wird einen zweiten Bregy geben im Nationalrat, das ist kein Zweifel, aber ich hoffe, es sind vielleicht nicht 101, ich hoffe, es ist nicht eine Mehrheit und ich denke, wir brauchen von Basel ein starkes Signal, dass wir hier für unsere Interessen eintreten, dass aber auch dieser ökologische Umbau sinnvoll ist und dass man diesen kleinen Schritt des Einstiegs in den Nachtzug mit dieser einen Verbindung wagen soll. Ich würde mich freuen, wenn hier trotz mancher Voten heute ein klares Votum erfolgt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft, wir kommen damit zur Abstimmung. Für die Verabschiedung der Resolution braucht es ein Zweidrittelmehr.

2/3-Abstimmmung

JA heisst Verabschiedung der Resolution, NEIN heisst Nichtverabschiedung .

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 25 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007651, 19.11.25 09:32:29]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Resolution zu Verabschieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Zweidrittelmehr wurde erreicht, die Resolution wird verabschiedet.

32. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend entsiegelte sowie ökologisch aufgewertete Verkehrsinseln und Verkehrskreisel, Schreiben des RR

[19.11.25 09:32:39, 23.5422.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum. Gemeldet hat sich Raffaela Hanauer als Fraktionssprecherin für die GRÜNE/jgb.

Raffaela Hanauer (GRÜNE/jgb): Die Fraktion Grüne/jgb beantragt Ihnen, den Anzug stehen zu lassen. Für die Biodiversitätsförderung im städtischen Raum ist bekanntlich jede Fläche relevant. In der Beantwortung der Regierung sind demnach auch die 15 prioritären Vernetzungsachsen erwähnt, es ist das Biotopverbundkonzept erwähnt und auch die Biodiversitätsstrategie. Die Ziele sind also eigentlich klar. Auch für das Regenwassermanagement ist jede Entsiegelung von Relevanz und auch für Vorbeugungsmassnahmen zur Erhitzung der Stadt ist jede Entsiegelung und Begrünung relevant. Es wird von Seiten der Regierung das Stadtklimakonzept erwähnt, auch dort sind die Ziele also eigentlich klar, die wir verfolgen.

Dieser Anzug geht genau in diese Ziele hinein und möchte, dass diese Ziele auch bei den Verkehrsinseln erfolgt werden. Umso ernüchternder ist es für die Fraktion Grüne/jgb daher auch, dass die Antwort des Regierungsrats sich vor allem auf die Probleme bei der Umsetzung der Forderungen fokussiert und nicht auf das, was tatsächlich möglich wäre. Vieles scheint in der Beantwortung aufgrund der Normen nicht möglich, jedoch wenn man sich mal auf das Mögliche fokussiert, dann steht eigentlich sehr viel in dieser Beantwortung. Rasengittersteine beispielsweise können auf Ausnahmetransportrouten eingesetzt werden. Natürlich gibt es da gewisse Lärmaspekte zu beachten, aber die Routen heissen ja eben auch genau Ausnahmetransportrouten, das sind also seltene Fälle. Es wird der Kunstmuseumskreisel genannt, der nicht entsiegelt werden kann. Dieser Kreisel ist ein sehr spezieller Kreisel, es ist sehr eng dort, es ist auch sehr verständlich in meinen Augen, dass dieser aufgrund der Ausnahmetransportrouten und des hohen Nutzungsdrucks dort nicht so einfach entsiegelt werden kann. Rasengittersteine wären jedoch vielleicht auch dort möglich gewesen. Und wenn man sich auf das Mögliche fokussiert, dann verweise ich gerne auf den Bundesplatz, dort gibt es einen Kreisel, der deutlich viel Entsiegelungspotenzial hätte, ganz ohne, dass die Ausnahmetransporte und ihre Fahrkurven davon betroffen wären.

Ich bin daher stark der Meinung, da geht noch mehr, man sollte sich auf das Mögliche fokussieren, auf das Positive und diese Ziele aus Stadtklimakonzept, Biodiversitätsstrategie, Biotopverbundkonzept vollumfänglich auch bei den Verkehrsinseln verfolgen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP hat Christine Keller das Wort.

Christine Keller (SP): Ich darf mich nun weitgehend der Vorrednerin Frau Hanauer anschliessen, die schon sehr vieles auch unserer Überlegungen gesagt hat. Vorab vielleicht, das gilt dann auch für meinen Anzug, unseren Anzug, der später kommt, ein, zwei Traktanden später. Biodiversität ist kein Nice-to-have, wir stehen vor einem Massenaussterben verschiedener Arten, ich glaube, es ist das Siebte der planetaren Geschichte und es ist einfach wirklich nötig, dass wir überall nach dem Maximum, so wie es Brigitte Kühne in ihrem Anzug schreibt, Sicherstellung des Maximums an Möglichen, dass das

umgesetzt wird. Es reicht nicht, auf Konzepte zu verweisen, die gut sind, die da sind, ohne jetzt wirklich die griffigen Massnahmen zu machen. Frau Kühne hat nach Normen gefragt, die anzupassen sind. Offensichtlich ist nicht beabsichtigt, der Biodiversität mit entsprechenden Normen Gewicht zu verschaffen, gesetzliche Normen, nicht nur Konzepte und Richtlinien, und ebenfalls lesen wir nichts Entsprechendes in dieser Antwort.

Hinsichtlich dieser Rasengittersteine bei Verkehrsinseln wird ohne nähere Spezifizierung auf höheren Lärm verwiesen. Raffaela Hanauer hat schon eindrücklich gesagt, es geht ja, wie der Name sagt, um Ausnahmesituationen bei Ausnahmefällen, weshalb logischerweise auch nicht mit einem Dauerlärm gerechnet werden muss und man deshalb nicht sagen kann, deswegen können nun keine solche Verkehrsinseln ökologisch umgestaltet werden. Es ist auch so, dass Biodiversität und Lärmschutz mindestens gleichwertig zu betrachten sind, man kann nicht einfach sagen, immer hat das eine den Vorrang, man muss das im konkreten Fall anschauen. Wie gesagt, die Biodiversität erfordert dringend verbindliche Massnahmen und das Schöne bei diesen Verkehrsinseln, etc. ist ja, dass hier kein Nutzungsdruck vorliegt. Also niemand hat ja das Bedürfnis, dort zu picknicken oder Fussball zu spielen.

Also ich sehe wirklich, dass dieser Anzug unbedingt stehen lassen werden sollte, zumal offenbar auch eine interne Arbeitsgruppe ja an der Arbeit ist. Und wenn das erfüllt ist, dann diese Anliegen von Frau Kühne des Anzuges, dann können wir ihn abschreiben, aber im Moment ohne etwas Griffiges in der Hand, sicher nicht. Meine Fraktion bittet Sie daher, diesen Anzug von Frau Kühne stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Nicole Strahm-Lavanchy.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Wir haben es jetzt wirklich durch mehrere Voten schon gehört, es gibt schon alles. Wir haben das Stadtklimakonzept, jede aufgerissene Strasse wird durch eine riesengrosse grüne Brille angeschaut, es gibt x Fachstellen in der Stadtgärtnerei, im Tiefbauamt, im Städtebau, also mehr als erfüllt gibt es nun einmal wirklich nicht. Darum bittet Sie die LDP-Fraktion, den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GLP hat Brigitte Kühne das Wort.

Brigitte Kühne (GLP): Ich darf hier auch für die BastA reden. Warum soll dieser Vorstoss, der notabene stillschweigend überwiesen wurde und der nicht erfüllt ist, abgeschrieben werden? Ja, er wurde ein paar Wochen vor der Abstimmung zu den Stadtklima-Initiativen Ende November 2023 überwiesen. Warum wurde er von allen Parteien ohne Gegenstimme und auch sogar vom Gewerbeverband unterstützt? Ich sage es Ihnen, begrünte Kreisel und Verkehrsinseln nehmen niemandem Platz weg, sie haben keine zusätzlichen Nutzungen wie unsere Plätze und Strassen, die bezüglich den unterschiedlichen Nutzungen von allen Seiten umworben werden.

Ich verstehe es nicht, warum sperrt sich unsere Verwaltung und insbesondere das Tiefbauamt so fest dagegen, gegen diese einfach zu erstellende Biodiversität, für die Entsiegelung und für den Menschen so wichtige kleinen Grünflächen? Oder der mit Schotter und Folie abgedeckte Kreisel wie derjenige beim Zoo Bachletten oder beim Kreisel Luzernerring-Flughafenstrasse, warum sollen sie geändert werden? Wenn ein Lastwagen, ein Auto, ein Schwertransporter mal aus Versehen darüberfährt, macht doch nichts. Aber seien wir ehrlich, wie häufig haben Sie dies schon erlebt, wie häufig gab es in der Verwaltung schon Reklamationen betreffend Lärm von überfahrenen Verkehrsinseln und wie häufig Reklamationen wegen unordentlichen, nicht gepflegten Verkehrsrestflächen? Wie viele Unfälle gab es beim Pflegen der langen Verkehrsinsel bei der Haltestelle Universität oder bei denjenigen bei der Oberwilerstrasse/Benkenstrasse? Ich würde diese Fragen als rhetorisch bezeichnen. Einfach die Pflastersteine weglassen oder entfernen, Humus rein, Schotter rein, eine biodiversitätsfördernde regionale Wildblumensaatmischung und gut ist es. Es gibt übrigens tatsächlich auch Saatmischungen, die vom VSS gemäss Norm des Schweizerischen Verbands des Strassen- und Verkehrsfachleute abgesegnet sind.

Und bitte kommen Sie mir nicht mit dem Argument, das sei ein pflegerischer Mehraufwand. Ein extensiveres Pflegeregime der Baumrabatten zum Beispiel nur einmal pro Jahr reicht vollkommen. Somit bleibt mehr Zeit, um einmal im Jahr die Kreisel oder die Verkehrsinseln zu schneiden. Ansonsten könnte man ja auch Freiwillige die Verkehrsrestflächen pflegen lassen, ich wäre auf jeden Fall dabei. Vielleicht braucht es auch einfach ein Pilotprojekt, das fordert, dass Verkehrsrestflächen nicht gepflegt werden und dann die Bevölkerung mittels Fragebogen wählen kann, ob sie einen Unterschied gemerkt hat. Sie sehen, meine Damen und Herren, ich werde wieder ein wenig ironisch. Und wissen Sie was, gerade über der Kantonsgrenze in Allschwil und Binningen lassen sich teils schon jahrelang blühende Verkehrsinseln und auch ganz neu erstellte begrünte Mikroverkehrsinseln finden. Da scheint es ganz selbstverständlich zu sein, begrünte Verkehrsinseln.

Lassen wir den Anzug stehen und geben damit zum Ausdruck, dass die Verkehrsrestflächen, denen keinerlei andere Nutzung zugeschrieben sind, als den Verkehr in die richtigen Bahnen zu lenken, dass diese grün werden. Grünes Basel, Basel blüht auf, zusammen sind wir Grünstadt, gemeinsam aufbrechen, gemeinsam aufblühen, um nur ein paar Stichworte respektive Initiativen in Basel zu nennen. Und jetzt, ich muss sagen, wieder ein bisschen ironisch, oder braucht es etwa eine Motion für das Gesetz betreffend Verkehrsrestflächen, diese kantonal zu ändern? Zum Schluss, keine Insel zu klein, um eine ökologische Aufwertung zu sein. Besten Dank für das Stehenlassen des Anzuges.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich kann Ihnen einfach kurz versichern, das Abschreiben ist weniger inhaltlich gemeint, also nicht, dass wir das inhaltliche Anliegen nicht teilen würden. Ich glaube, wir haben auch in der Antwort beschrieben, was eben schon läuft. Neben dem, dass wir die Grundsatzpapiere bereits haben, haben wir auch eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die eben jetzt konkrete Verkehrskreisel auch prüft. Generell ist die Sensibilität bei künftigen Planungen gestiegen, aber wir sind der Meinung, dass die Inhalte des Anzugs insofern erfüllt sind, als dass die Fragen beantwortet sind. Wir haben eben diese Arbeitsgruppe eingesetzt, wir prüfen Kreisel, insbesondere diese, die in Biotopverbundachsen liegen. Wir brauchen keine alternativen Finanzierungstöpfe dafür, wir können das aus den laufenden Finanzierungen, auch aus dem Mehrwertabgabefonds finanzieren und eben diese Aufwertung erfolgt laufend. Und deshalb möchten wir den Anzug abschreiben lassen, nicht um diese Arbeiten zu beenden, im Gegenteil, sondern um daran weiterzuarbeiten.

Ich glaube, ich habe das auch schon erwähnt und ich werde das wahrscheinlich auch wieder beim Anzug von Christine Keller tun, es gibt ja andere Mittel, über diese Wege wir Ihnen auch wieder berichten über diese Entwicklungen. Ich denke da an Grünstadt Schweiz, wo wir uns für die Rezertifizierung. angemeldet haben, aber auch sonstige Reports beispielsweise im Zuge des Fernwärmeausbaus. Also wir sind da dran, wir bleiben dran, aber wir sind der Meinung, dass die Antworten im Anzug beantwortet sind und Sie über andere Arten und Wege erfahren, wie viele Flächen entsiegelt wurden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung. Raffaela Hanauer, Christine Keller und Weitere beantragen, den Anzug stehen zu lassen.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

39 Ja, 49 Nein, 2 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007653, 19.11.25 09:47:28]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 49 Nein-Stimmen gegen 39 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

33. Anzug Daniel Hettich und Konsorten betreffend Optimierung der Haltezeiten der S6 am Badischen Bahnhof, Schreiben des RR

[19.11.25 09:47:35, 23.5329.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Frau Keller verzichtet auf ein Votum. Somit hat Béla Bartha als Fraktionssprecher für die GRÜNEN/jgb das Wort.

Béla Bartha (GRÜNE/jgb): Die Grünen und Junggrünen von Basel würden vorschlagen, diesen Anzug stehen zu lassen. Das Fazit in der Antwort der Regierung bringt es eigentlich auf den Punkt. Um darüberhinausgehende Verbesserungen aller S-Bahn-Verbindungen in beiden Richtungen von Deutschland und nach Deutschland zu erreichen, braucht es umfangreiche Infrastrukturanpassungen, wie zum Beispiel Tiefbahnhöfe, die aktuell auch in Planung sind. Der Regierungsrat setzt sich deshalb zusammen mit den in- und ausländischen Partnern mit grossem Engagement für einen schnellen und wirksamen Ausbau der Infrastrukturen im Bahnknoten Basel ein.

Wir alle wissen nun, dass Bern im Moment sehr darum bemüht ist, sämtliche Bestrebungen, die in eine solche Richtung weisen könnten, zu torpedieren. Statt klare Zeichen in Richtung Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene zu setzen, wird der Rheintunnel wieder aus der Mottenkiste gezaubert, die Subventionen für den Schienentransport derart gekürzt, dass sich die Lastwagen wieder von der Schiene auf die bereits verstopften Strassen ergiessen, die Nachtzüge abgeschafft und der Tiefbahnhof mit dem Herzstück, über das man durchaus noch diskutieren könnte, auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Wie soll sich die Schweiz und vor allem auch unsere Regierung mit diesen Vorgaben aus dem Bundesamt von Herrn Rösti glaubhaft und im trinationalen Umfeld dafür einsetzen, dass man mit den Anschlüssen an den Alpentransit beispielsweise vorwärts machen soll? Wie soll man sich gegenüber Deutschland glaubhaft für einen CO_2-neutralen Transport einsetzen, wenn Bern mit der Brechstange versucht, die Elektromobilität abzuwürgen, indem man noch bevor ein erstes Elektromobil die Strasse berührt, gleich mit der Besteuerung derselben droht?

All das lässt uns in allfälligen Verhandlungen mit unseren europäischen Partnern, wenn es um die Erreichung allfälliger Klimaziele und CO_2-neutraler Verkehrspolitik geht, sehr schlecht aussehen und wird schliesslich nicht dazu führen, dass Daniel Hettich und auch ich aus Riehen in absehbarer Zeit mit der S-Bahn in einer vernünftigen Zeit vom Bahnhof Riehen an den Bahnhof SBB fahren können. Ein Glück, dass Basel-Stadt klare Klimaziele für 2037 gesetzt hat, an denen wir uns ausrichten können. Hier gilt es nun auch in Zukunft klare Kante zu zeigen gegenüber dem wankelmütigen Bundesbern, denn nichts ist für die Wirtschaft schädlicher, wenn die Spielregeln und die Rahmenbedingungen ständig nach Lust und Laune wieder geändert werden. Für uns ist das Anliegen dieses Anzuges symptomatischer Natur, es steht für eine Verkehrspolitik, die wir für die Zukunft benötigen und deren Durchsetzung wir unbedingt fördern und unterstützen wollen. Und deshalb sind wir für das Stehenlassen dieses Anzugs, der auch die Position von Basel und unserer Regierung gegenüber Bundesbern stärken soll.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber hat sich als Einzelsprecher gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Es geht jetzt nicht um den Nachtzug nach Moskau, der ja leider abgeschafft worden ist, der auch über den Badischen Bahnhof gefahren ist. Ich bin auch für das Stehenlassen dieses Anzugs, weil man zum Beispiel mit dem Deutschlandticket gratis fahren kann in Basel. Also ich fahre mit dem Deutschlandticket Badischer Bahnhof-Lörrach, gehe dort einkaufen, komme wieder zurück und dann, obwohl ich nicht in Riehen wohne wie meine Vorredner oder ähnliche Leute, fahre ich gerne nach Riehen oder nach Lörrach und man kann etwa mit dieser S6 mit dem Deutschlandticket gratis fahren. Das muss man wissen und das ist billiger als das U-Abo. Wenn jetzt einer vom Grossen Rat pendelt, Basel-Riehen, nimmt er lieber das Deutschlandticket, dann kommt er billiger als mit dem U-Abo. Und darum bin ich auch für Stehenlassen dieses Anzugs. Man kann mit dem Deutschlandticket auch in Basel mit dem Bus 55 fahren oder mit dem Bus nach Grenzach-Wyhlen und es wäre schön, wenn man mit dem Deutschlandticket auch noch Tram fahren könnte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich lese, dass diejenigen, die jetzt auch für Stehenlassen plädieren, ich höre, dass das auch als Unterstützung gedacht ist für unseren Einsatz im Moment in Bern zugunsten des Bahnausbaus hier in Basel, ich danke sehr dafür, ich glaube, jetzt hier über diesen Anzug ein Zeichen zu setzen, wäre etwas indirekt, um es so zu formulieren. Ich denke, Sie können diesen Anzug hier mit gutem Gewissen abschreiben, weil wir da eben berichtet haben, wie wir die Aufenthaltszeit jetzt auch schon etwas reduzieren konnten und dranbleiben werden. Ich glaube, der Anzug ist insofern nicht so ein gutes Mittel, als dass es ja eben alle zwei Jahre prüfen und berichten. Ich denke aber, wir werden noch sehr froh sein um Unterstützung aus dem Parlament für den Bahnausbau hier in Basel und lassen Sie uns gerne über Optionen sprechen, wie wir das aufgleisen können.

Balz Herter, Grossratspräsident: Béla Bartha beantragt Stehenlassen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

83 Ja, 8 Nein, 0 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007655, 19.11.25 09:54:59]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 83 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen.

34. Anzug Andrea Strahm und Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Überwachung der Gebühren gemäss NörV, Schreiben des RR

[19.11.25 09:55:04, 21.5839.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

35. Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend mehr Biodiversität auf Grünflächen – "Bunte Wiesen statt Rasen", Schreiben des RR

[19.11.25 09:55:28, 23.5492.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Brigitte Kühne von der GLP hat sich als Fraktionssprecherin gemeldet.

Brigitte Kühne (GLP): Wir Grünliberalen möchten diesen Anzug stehen lassen. Wie in der Beantwortung des Vorstosses geschrieben, es ist korrekt, dass nicht nur Rasen umgewandelt in Blumenwiesen auf magerem Substrat die Artenvielfalt erhöht, ja, auch Staudenrabatten, Hecken und Gehölzgruppen fördern durch möglichst vielfältige Lebensräume die Biodiversität. Blumenwiesen tönen für so einen Vorstoss ganz schön, wirklich gemeint ist aber eben die so dringend notwendige ökologische Aufwertung von Grünflächen und Lebensraumtypen. Die Bemühungen der Stadtgärtnerei seit 2020 stellen wir Grünliberalen nicht in Abrede. Wir sind dankbar dafür, dass der Kanton die Biodiversität proaktiv fördert. Meine Damen und Herren, jeder Quadratmeter Grün zählt, quasi jede Blüte, jedes Habitat fördert die Biodiversität.

Das Stehenlassen dieses Anzuges soll ganz einfach ein klares Zeichen setzen, wir wollen mehr davon, wir brauchen mehr davon, denn wir haben eine Biodiversitätskrise und wir brauchen ganz klar mehr biodiverse Stadtökologie. Und wie bitte? Gemeinsam mit Immobilien Basel-Stadt wurde in einem Pilotprojekt Rasenfläche in Blumenrasen und Magerwiesen

umgewandelt. Da braucht es doch kein Pilotprojekt. Okay, ich rede jetzt vielleicht als Landschaftsarchitektin, aber wir brauchen keine Pilotprojekte, es ist alles da, alles seit Jahren erprobt und erforscht. Die Akzeptanz der Bevölkerung stellt sich ein, wenn kommuniziert wird. Kommt hinzu, neben der Erhöhung der Biodiversität ergibt sich erst noch ein viel kleinerer Pflegeaufwand. Diese eingesparten Stunden können für die mechanische Bekämpfung der Neophyten verwendet werden.

Aus Sicht der Grünliberalen können wir den Anzug abschreiben, wenn es ganz selbstverständlich ist, dass Projekte auf Grundstücken der städtischen Immobilien im Finanzvermögen biodivers umgesetzt werden. Wenn diese aktuell geplanten Massnahmen für eine Fläche von 20’000 m2, wie der Regierungsrat schreibt, erfüllt sind. Sowie, wenn auf das Grünstadtaudit 2027 hin der Zustand und die Fortschritte bezüglich Biodiversität auf Grünflächen im Verwaltungsvermögen mittels eines gesamtstädtischen Controlling-Systems erfasst und gesteuert wird. Noch etwas Persönliches, ich freue mich insbesondere auf die 2’000 m2 neue biodiverse Grünflächen im Bachletten-Quartier und bin gespannt, wie diese aussehen werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die GRÜNE/jgb hat Harald Friedl das Wort.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Auch die Fraktion GRÜNE/jgb will diesen Anzug stehen lassen. Lassen Sie mich kurz begründen, weshalb. In der Beantwortung des Regierungsrats werden sehr viele Massnahmen aufgeführt und diese nehmen wir wirklich wohlwollend zur Kenntnis. Ich bin sehr erfreut, dass hier einiges gegangen ist und ich bin auch der Meinung, dass das jetzt wirklich anerkannt wird, was der wertvolle Wert ist der Biodiversität. Die Grünen haben ja auch letztlich eine Initiative eingereicht, also Sie sehen, für uns ist es ein riesiges Thema. Von dem her sind wir sehr erfreut, dass es da in die richtige Richtung geht.

Trotzdem haben wir zwei Punkte in dieser Beantwortung, die uns dazu bewogen haben, trotzdem auf Stehenlassen zu votieren. Erstens wird erwähnt, dass der Pflegebedarf wegen der Bekämpfung der Neophyten zu Mehraufwand führt. Das denke ich auch, das kann ich aus eigener Erfahrung sagen, ich mache auch freiwillig Einsätze zur Bekämpfung der Neophyten, die sich da überall ausbreiten, und ich denke, es ist auch eine Chance dann für den Regierungsrat und die Verwaltung, hier bei der nächsten Beantwortung dieses Anzugs zu sagen, welche Strategien sie da anwenden, was hat Erfolg gehabt und wo könnten wir oder müssen wir noch weitere Massnahmen treffen. Das ist der eine Punkt, ich denke, das ist ein gutes und wichtiges Thema hier für den Kanton.

Das zweite ist, das hat jetzt Brigitte Kühne auch schon erwähnt, das sind die Pilotprojekte. Da haben sich mir auch die Nackenhaare ein bisschen gesträubt. Ich denke, das muss man nicht testen, das ist anerkannt, das machen schon andere schon seit längerer Zeit, da kann man sich das Know-how holen bei Landschaftsgärtnerinnen und Landschaftsgärtnern, die fortschrittliche Pflegemassnahmen umsetzen. Ich erwarte da eben auch, dass es dann zum Standard wird, da ist mir die Antwort wirklich zu vage. Da steht, ja, wir werden da weitere Pilotprojekte oder weitere Flächen ausprobieren. Ich erwarte da wirklich, dass der Regierungsrat und die Verwaltung sagen, nein, das ist jetzt Standard und wir werden das, was weiss ich was, in den nächsten fünf Jahren überall umsetzen, wo der Kanton Eigner ist, da haben wir ein grosses Potenzial im Finanzvermögen bei der IBS. Und das würde mich dann wirklich freuen, wenn in der nächsten Beantwortung in zwei Jahren, wenn es stehen gelassen wird, dann wirklich drinsteht, ja, wir haben da Richtlinien für alle vom Kanton bewirtschafteten Immobilien, das wird jetzt ab sofort so gemacht.

In unserem Sinne sollten wir wirklich dranbleiben bei diesem wichtigen Thema, die Biodiversität ist wirklich unter Druck, weltweit, aber auch hier im Kanton, und als Zeichen, dass der Kanton und die Verwaltung da dranbleiben, möchten wir wirklich diesen Anzug stehen lassen und wir bedanken uns für Ihre Unterstützung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP hat Christine Keller das Wort.

Christine Keller (SP): Ich beantrage Ihnen natürlich auch namens der SP das Stehenlassen dieses Anzuges. Auch hier wurde seitens meines Vorredners und meiner Vorrednerin schon vieles wichtiges gesagt, ich wiederhole mich auch selbst nochmals. Die Biodiversitätskrise ist wirklich ein Ernstfall, es geht nicht um Nice-to-have, wir müssen handeln, es handelt sich um eine Bedrohung wie die Klimakrise. Bei diesem Anzug geht es mir, Regierungsrätin Esther Keller hat ja schon angedeutet, dass sie das auch jetzt anschliessend bei meinem Anzug sagen wird, es geht nicht einfach um Berichterstattung, natürlich schätzen wir auch diese, aber es geht darum, dass wirklich verbindliche, messbare Ziele genannt werden mit einem Controlling, wie es Brigitte Kühne gesagt hat. Um das geht es. Und wie Harald Friedl gesagt hat, ist das Ganze trotz guten Absichten, die in keiner Art und Weise bestritten werden sollen, einfach noch zu vage und zu unverbindlich.

Wir müssen unterscheiden bei diesem Anzug, anders als bei dem von Brigitte Kühne vorher, dass es hier Nutzungskonflikte geben kann. Es gibt zum einen Teil die biodiverse Gestaltung der Grünflächen, die aufgrund ihrer Grösse, ein kleines Wieslein zum Beispiel beim Kreisel Wettsteinallee hinten, nicht für Sport oder sonstige Aktivitäten gedacht sind und solchen, die das sind, wo Menschen und Hunde spielen und wo Picknicks veranstaltet werden, wo Fussball gespielt wird. Bei denen, die für das nicht in Frage kommen, fallen mir einfach Unterschiede auf. Beispielsweise bei mir in der Wettsteinallee werden einige Grünflächen jetzt deutlich weniger als früher gemäht und eine vielfältige Bewachsung zugelassen. Man lässt auch Brennnesseln, Löwenzahn zu, bei den bunten Wiesen geht es nicht nur um schöne Blumen für das Auge, sondern Brennnesseln und Löwenzahn haben eine grosse Bedeutung für die Biodiversität. Also hier im Wettsteinquartier mit Ausnahmen ein guter Eindruck. Jeden Freitag fahre ich aber durch die Gellertstrasse, dort ist in der Mitte eine Grünanlage, aufgrund von ihrer Kleinheit in erster Linie für Hundeversäuberung verwendet, was ich so sehe, aber erstaunlicherweise deutlich vermeintlich gepflegter mit optisch schönem, aber eben biodiversitätsmässig äusserst nicht wertvollem Rasen. Der berühmte englische Rasen, vielleicht nicht gerade so, dass er im Gartenjournal abgebildet werden könnte. Im ganzen Kanton sind kaum anzutreffen die wirklichen bunten Wiesen mit Modellcharakter, wo man auch vielleicht mit den Kindern hingehen kann und das studieren kann, das gibt es noch nicht. In Riehen werden in einem Rahmen eines Projekts «Blumenwiesen für die Schweiz», da hat die Gemeinde im März 2023 angekündigt, dass sie gezielt öffentliche Rasenflächen in Blumenwiesen umwandeln will durch das schon mehrfach gesagte niederschwellig mögliche Aussäen von gebietsheimischen Wildblumenmischungen. Und das wäre ja auch in der Stadt Basel möglich, neben oder im Rahmen von Grünstadt Basel.

Wie gesagt, es werden gute Absichten geäussert, aber kein einziges konkretes Projekt. Es wird, Harald Friedl hat es schon gesagt, auf den erhöhten Aufwand bei der Pflege zufolge der manuellen Beseitigung von Neophyten verwiesen. Ja, das ist sicher Knochenarbeit, ich hatte auch einen Götterbaum im Nachbargarten, wir durften dessen unzählige Schösslinge auch immer rausreissen, hat aber von mir aus gesehen sehr wenig damit zu tun mit der biodiversen Umgestaltung. Diese Arbeit fällt an und ein allfälliger erhöhter Pflegeaufwand muss angesichts der Krise einfach in Kauf genommen werden, da kann man nicht sagen, ja, aber dann haben wir mehr zu tun. Aber in aller Regel dürfte es so sein, wie meine Vorredner*innen beide gesagt haben, dass ja Wiesen zufolge seltener Mahd und andere weniger pflegeintensiv sind als Rasen.

Dann haben wir im zweiten Punkt des Anzuges noch nach Massnahmen gefragt, nach der Prüfung und Verwendung von trittfesten und klimafreundlicheren Alternativen für jene Grünflächen, die durchaus als Sport- und Spielfläche gedacht sind und wo eine Wiese ausscheidet. Auch hier leider wenig konkrete Antworten. Zunächst wird dem Klee oder Mikroklee grundsätzlich die Eignung abgesprochen, später wird dann ausgeführt, dass aber für abgegrenzte Sportflächen durchaus als Alternative ein Kleegras-Rasen geeignet ist. In der Regel sind Sportplätze ja schon eher abgetrennt. Dennoch wird keine konkrete Zusicherung zur Förderung gemacht. Es wird nicht einmal eine Absicht geäussert in diesem Punkt.

Somit zusammenfassend, gute Absichten, keine messbaren verbindlichen Ziele. Wir wären bereit, das dann mit Freude abzuschreiben, wenn dies vorliegt, wenn Ziele formuliert und erreicht worden sind und ein Controlling vorliegt. Deshalb möchte ich Ihnen gerne im Einklang mit den Vorsprechenden beantragen, den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SVP hat Felix Wehrli das Wort.

Felix Wehrli (SVP): Danke, Christine Keller, dass Sie Riehen erwähnen, wir machen das, das habe ich verfügt. Sie können in Riehen auch Neophyten eintauschen und bekommen einheimische Pflanzen gratis. Ich kann aber nicht verstehen, dass ein Anzug immer wieder stehen gelassen wird, wenn die Regierung klar aufzeigt, dass sie daran ist, diesen zu erfüllen und natürlich kann man das nicht von heute auf morgen, das sollte auch denen klar sein, die den Anzug stehen lassen wollen und die Verwaltung weiter beschäftigen mit etwas, was nicht notwendig ist.

Der Anzug «Bunte Wiesen statt Rasen», der sich für mehr Biodiversität auf öffentlichen Grünflächen einsetzt, ist auch mir und meiner Fraktion ein wichtiges und sympathisches Anliegen, denn wer freut sich nicht über blühende Wiesen, summende Insekten und mehr Vielfalt in unseren Siedlungen. Der Regierungsrat beantragt jedoch, den Anzug abzuschreiben und dieser Antrag ist gut begründet. Warum, weil das Anliegen bereits aufgenommen und nicht nur in Riehen, sondern auch in der Stadt umgesetzt wird. In den letzten Jahren hat sich auf diesem Gebiet viel getan. Nebst den öffentlichen Betrieben haben auch private Eigentümerinnen und Eigentümer erkannt, dass artenreiche Grünflächen ökologisch wertvoll und langfristig auch pflegeleichter sind. Der Kanton hat auch entsprechende Richtlinien und Empfehlungen ausgearbeitet, Schulungen werden angeboten und Pilotprojekte unterstützt. Diese Massnahmen zeigen bereits heute Wirkung. So finden wir vielerorts statt monotoner Rasenflächen wieder bunte, blühende Wiesen, die Lebensraum bieten für Bienen, Schmetterlinge und viele andere Arten.

Der Regierungsrat hat aus meiner Sicht überzeugend dargelegt, dass keine weiteren Schritte notwendig sein werden. Das Ziel mehr Biodiversität statt Grünflächen wird bereits umgesetzt, und zwar effizient, pragmatisch und mit breiter Unterstützung. Das Anliegen lebt weiter, nicht nur im Anzugstext, sondern in der täglichen Praxis von Basel, Riehen und auch Bettingen, den dortigen Fachstellen und engagierten Bürgerinnen und Bürger. Darum ist es richtig, den Anzug im Sinne

des Regierungsrates nun abzuschreiben. Wenn es Ihnen zu wenig schnell geht oder wenn Sie erkennen, dass vielleicht nichts mehr gemacht wird, das wird nicht der Fall sein, dann können Sie gerne wieder einen Anzug einreichen, die Verwaltung beschäftigen und den Regierungsrat auch. Haben Sie Vertrauen ein bisschen mehr in Verwaltung und Regierung, in die Exekutive, dann geht das auch alles viel besser.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort geht an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Auch hier wieder vielen Dank, ich höre auch viel Unterstützung in den Voten jetzt zum Thema Biodiversität, dass man den eingeschlagenen Weg sieht und uns auch unterstützen möchte, diesen weiterzugehen. Vielleicht zum Controlling, die Rezertifizierung Grünstadt, das ist ein relativ umfassendes Controlling im eigentlichen Sinne, weil diese Auditoren sehr detailliert schauen, ob wir in verschiedenen Bereichen die Bedingungen erfüllen oder nicht und da haben wir ja den Goldstandard erreicht letztes Jahr und möchten den verteidigen und wir möchten auch besser werden. Also schon heute ist ein Controlling in dem Sinne in Kraft über diese Rezertifizierung.

Und noch ganz kurz zu den Pilotprojekten, die Sie aufgeschreckt haben, ich verstehe, dass Sie über diesen Begriff gestolpert sind. Ich denke, man muss ihn auch so lesen, dass wir hier natürlich jetzt nicht rein in der Stadtgärtnerei oder innerhalb des BVD unterwegs sind, sondern über verschiedene Departemente hinweg Lösungen suchen müssen, möchten, namentlich eben auch mit den Grünflächen im Finanzvermögen, und da sind, glaube ich, schon gemeinsame erste Projekte nötig, um zu zeigen, dass es eben auch im Unterhalt und auch in den Rückmeldungen der Menschen, die sie dann nutzen, diese Wiesen, dass das gut ausfällt. Also ich denke, Pilotprojekt nicht im Sinne davon, dass man beweisen muss, dass es funktioniert, sondern dass man das eben auch hier so macht, departementsübergreifend.

Die Regierung ist der Meinung, dass wir eben mit der Rezertifizierung von Grünstadt auch wieder dieses Controlling haben und in diese Richtung bereits arbeiten und bittet Sie deshalb, den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Brigitte Kühne und Weitere beantragen, den Anzug stehen zu lassen. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 53 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007658, 19.11.25 10:14:16]*

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 53 Nein-Stimmen gegen 41 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

36. Interpellation Nr. 83 Stefan Wittlin betreffend Erhalt der historischen Gebäude auf dem Klybeck-Areal, Schreiben des RR

[19.11.25 10:14:22, 25.5340.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Stefan Wittlin (SP): Ich möchte mich beim Regierungsrat und bei Ihnen, Esther Keller, bedanken für die Beantwortung dieser Interpellation. Ich habe diese Anfang Sommerferien eingereicht, nachdem der Regierungsrat mitgeteilt hatte, dass drei historische Gebäude auf dem Klybeckareal aus dem Inventar der schützenswerten Gebäude entlassen werden. Ich wurde da aufgeschreckt, weil diese historischen Gebäude ein zentraler Bestandteil auch der Überlegungen, wie sich dieses Gebiet in Zukunft entwickeln soll, sind und ich habe mich erkundigt, was denn die Umstände sind.

Ich möchte zwei Fragen und Antworten hier herausgreifen. Erstens, die Frage, welche konkreten Schadstoffe denn gefunden wurden bzw. welche Gebäudeschadstoffe es verunmöglichen, diese Gebäude trotz Sanierung weiter zu nutzen. Und da bin ich vorerst enttäuscht von der Antwort, weil die Antwort, die ist noch nicht da, die wurde in Aussicht gestellt. Der Regierungsrat schreibt, dass der Kanton beabsichtige, die in diesem Zusammenhang erstellten Bundesgutachten noch zugänglich zu machen. Das ist wichtig, dass das erfolgen wird, bis das erfolgt ist, können wir aber nichts dazu sagen. Ich kann mir schlicht nicht vorstellen, welche Schadstoffe das sind. Es ist offensichtlich etwas ganz anderes als das, was wir unter gängigen Gebäudeschadstoffen wie beispielsweise Asbest kennen, wo eine Sanierung nötig ist bzw. solange diese Stoffe gebunden sind, ist nicht mal eine Sanierung nötig, wenn es eine Veränderung gibt, dann ist diese Sanierung nötig und dann können aber die Gebäude in aller Regel weiter genutzt werden. Das scheint hier anders zu sein, ich bin sehr gespannt, um welche Schadstoffe es hier geht. Ich bin selber kein Experte, aber sobald diese Informationen vorhanden sind, werde ich das sicher genauer anschauen.

Dann die zweite Frage, die ich herausgreifen möchte, ist die Frage, mit welchen rechtlichen Mitteln ein Erhalt von Gebäuden überhaupt erzwungen werden kann, abgesehen von einer Unterschutzstellung. Da fiel die Antwort sehr kurz aus, aber grundsätzlich positiv, nämlich dass das möglich sei, sowohl in Bebauungsplänen wie auch in städtebaulichen Verträgen. Das hat mich sehr überrascht, weil wir gerade kürzlich in der Beratung des Bebauungsplans Roche Südareal uns sehr intensiv mit dieser Frage auseinandergesetzt haben, welche rechtlichen Mittel denn bestehen, um ein Gebäude zu zwingend zu erhalten, wenn eben kein Vertrag zustande kommt, und diese rechtlichen Grundlagen, die sind wahrscheinlich doch nicht so vorhanden. Ich habe mir erlaubt, im Nachgang an die Beantwortung der Interpellation mich per E-Mail auch noch bei Regierungsrätin Esther Keller zu erkundigen, wie das denn genau aussieht. Besten Dank auch für die Beantwortung dieser Frage. Nun, es ist nicht ganz einfach. Die Schlussfolgerung ist, dass ein Erhalt eines Gebäudes immer im Einvernehmen mit der Grundeigentümerschaft erfolgen sollte. Wenn dieses Verständnis und dieses Einverständnis bei der Grundeigentümerschaft da ist, dann ist es ja gut, aber wenn es mal nicht so ist, was sind denn die Mittel, die wir auch hoheitlich haben. Diese Frage bleibt ein Stück weit unbeantwortet. Wir werden sicher an diesem Thema dranbleiben. Ich denke, im Klybeckareal wird das ein entscheidendes Thema sein, wie diese restlichen historischen Gebäude geschützt werden können.

Nun, eines dieser drei jetzt entlassenen Gebäude, der Bau 90, da ist es nicht ausgeschlossen, dass er weiter genutzt werden kann. Vielleicht kennen Sie dieses Gebäude, das wurde eigentlich zur Ikone erst durch die Erdbebensanierung mit einem grossen Stahlfachwerk an der Fassade. Ich möchte den Regierungsrat bitten, sich hier intensiv dafür einzusetzen, dass dieses wichtige Gebäude, das direkt am neuen Klybeckplatz stehen wird, erhalten werden kann und ich bedanke mich für diese Arbeit. In diesem Sinne erkläre ich mich als teilweise zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

37. Anzug Luca Urgese und Konsorten betreffend Umnutzung des Roche-Parkhauses an der Schwarzwaldallee zu einem Quartierparking, Schreiben des RR

[19.11.25 10:19:46, 23.5114.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet in einer ersten Runde, Luca Urgese hat für die FDP das Wort.

Luca Urgese (FDP): Ich möchte mit einem Dank beginnen, einem Dank an das BVD, das diesen Anzug sehr sorgfältig geprüft hat, das sieht man, wenn man die Antwort liest, und auch versucht hat, Out of the box zu denken, kann man so

sagen, versucht, da überlappende Bebauungspläne zu prüfen, ob es irgendwie so möglich ist, hier eine Lösung zu finden. Dass es nun offensichtlich nicht möglich ist, dieses Roche-Parking zu erhalten, obwohl eigentlich der politische Wille dazu mutmasslich durchaus vorhanden gewesen wäre, ist sehr bedauerlich, aber das muss man dann halt am Schluss akzeptieren, wenn es wirklich nicht anders geht.

Nun, das Parkplatzproblem bleibt natürlich ungelöst, der Mangel an Parkplätzen bleibt weiterhin bestehen, der Suchverkehr ist da mit allen negativen Auswirkungen auf die Nachbarschaft, auf die Umwelt, etc. Und das anerkennt ja auch der Regierungsrat, er hat uns ja einen Ratschlag vorgelegt betreffend Quartierparkings, wie er da vorgehen möchte. Hier kann man natürlich sagen, er macht das sehr langsam. Der Vorstoss, der diesen Ratschlag angestossen hat, der ist doch immerhin schon sechs Jahre alt und es hat sechs Jahre gedauert, bis dann der Regierungsrat zum Schluss gekommen ist, dass man einerseits ein Parkplatzkataster braucht, um überhaupt das vorantreiben zu können, und dass man vielleicht auch mit Arealbesitzenden sprechen sollte und mit ihnen das Gespräch suchen sollte, ob es möglich ist, auf diesen Arealen Quartierparkings zu schaffen. Ich weiss nicht, ob das wirklich sechs Jahre gebraucht hätte, aber immerhin ein kleiner Schritt vorwärts.

Was wir aber brauchen sind möglichst rasch konkrete Projekte, die vorangetrieben werden können und deshalb kann ich bereits jetzt ankündigen, dass ich mit einem neuen Vorstoss kommen werde. Dieser Anzug, der kann abgeschrieben werden, dagegen wehre ich mich nicht, aber ich werde mit einem neuen Vorstoss kommen mit konkreten Vorschlägen, wo man insbesondere zum Kleinbasel mögliche Quartierparkings platzieren könnte. Ich versuche da ebenfalls ein bisschen Out of the box zu denken, vielleicht wenn dann irgendwann die Haltestelle Solitude kommt, dass man da unterirdisch, wenn man sowieso schon gräbt, dass man noch etwas tiefer gräbt und da noch ein Quartierparking hin tut, oder vielleicht wenn man sowieso das Gebiet im Rankhof weiterentwickeln will, dass man dort etwas tun könnte, aber das werden Sie dann zu gegebener Zeit von mir lesen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

38. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend einfachere Umsetzung Begegnungszonen, Schreiben des RR

[19.11.25 10:22:52, 23.5423.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

39. 39. 24.5022 Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Wiederaufnahme regelmässiger Wochenendfahrgelegenheiten des Rufbus auf dem Friedhof Hörnli, Schreiben des RR

[19.11.25 10:23:12, 24.5022.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

40. Interpellation Nr. 111 Nicola Goepfert betreffend undemokratisches Comeback des Autobahn-Rheintunnels, Schreiben des RR

[19.11.25 10:23:40, 25.5452.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Nicola Goepfert (BastA): Wir kennen die Geschichte, es wurde jahrzehntelang geplant an verschiedenen Autobahnprojekten, auch am Rheintunnel. Es kam vor nicht einmal einem Jahr zur Abstimmung, das war ein grosser Erfolg, sowohl schweizweit wie auch in Basel. Die fossilen Projekte wurden abgelehnt und nicht mal ein Jahr darauf kommt der Rheintunnel und auch die anderen Projekte wieder aufs Parkett. Ich habe nachgefragt, wie der Regierungsrat zu diesem bedenklichen Vorgehen auch auf nationaler Ebene steht und die Antwort der Regierung ist äusserst bedenklich. Wenn das Herzstück, das Lieblingsprojekt der Regierung, runterfällt, dann finden Sie das nicht nachvollziehbar und Sie werden super aktiv. Wenn aber der Volkswille missachtet wird, dann sehen Sie kein Problem, wen interessiert schon, was die Bevölkerung will. Passend dazu war auch der gemeinsame Auftritt mit der Handelskammer. Schon spannend, dass Sie sich lieber mit den Verlierern der Abstimmung zusammentun und nicht mit uns und der Mehrheit der Basler Stimmbevölkerung. Es wirkt so, als wäre die Strategie insgeheim, das Herzstück zu bekommen, indem man den Rheintunnel schluckt.

Der Regierungsrat schreibt, dass mit Blick auf die Zielsetzung aus Sicht von ihm der Einbezug der Projekte aus dem abgelehnten Nationalstrassenpaket in die Gesamtstudie nachvollziehbar sei. Was findet der Regierungsrat genau nachvollziehbar? Dass man eine Studie gemacht hat oder das Resultat davon? Rösti hat Weidmann vorgegeben, dass 9 Milliarden in die Autobahn verlocht werden müssen, weil man nicht frei war, eine gute Gesamtlösung zu suchen, sondern innerhalb der Kategorie Autobahn priorisieren musste. Findet es der Regierungsrat nachvollziehbar, dass Projekte wieder aufgenommen werden, die von der Bevölkerung abgelehnt wurden? Ist das das Demokratieverständnis unserer Regierung? Der Regierungsrat würde bei einer allfälligen Positionierung sowohl die Ereignisse der Volksentscheidung vom letzten November und weiteres berücksichtigen. Ja, es ist Zeit, sich zu positionieren und wenn Sie das wirklich ernst meinen, ist die Positionierung auch klar, und zwar gegen den Autobahnausbau.

Kritisch ist auch, dass das Netto-Null-Ziel bei der Beurteilung der Positionierung nicht mal genannt wird. Die Mittel zur Finanzierung der Nationalstrassenprojekte und diejenigen für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs entstammen unterschiedlichen Finanzierungsquellen und können nicht für andere Zwecke als vorgesehen eingesetzt werden, schreibt der Regierungsrat. Erstens, er könnte sich ja für eine Gesetzesänderung auf nationaler Ebene aussprechen, das würde sowieso seinem Auftrag mit dem Netto-Null-Ziel bis 2037 entsprechen. Und zweitens wäre es tatsächlich schon heute möglich, Gelder von den Autobahnen zum Agglomerationsprogramm, sei es zum Beispiel zu Tramlinien, zu verschieben.

Der Regierungsrat würde sich auch in direkten Gesprächen über die zuständigen Gremien dafür aussprechen, dass für den Ausbau der Bahn mehr Mittel als vorgesehen gesprochen werden. Warum engagiert sich dann der Regierungsrat so stark bei dem Ausbau des Herzstückes, warum nicht gegen den Rheintunnel? Er scheint es ja zu können, sich für die Anliegen des Kantons einzusetzen. Im Gegensatz zum Autobahnausbau gab es beim Herzstück nie eine Abstimmung darüber, das Mandat bei den Autobahnen wäre also einiges grösser. Sowohl die Massnahmen zum Ausbau, ich zitiere nochmals aus der Antwort des Bahnknotens, als auch der Nationalstrassen handelt es sich um Projekte des Bundes. Der kantonale Verfassungsauftrag Netto-Null bis 2037 ist deshalb nicht in die Priorisierung der ETH eingeflossen. Ja, das stimmt, aber auch das Klimaziel des Bundes ist nicht eingeflossen und mindestens das müsste die Regierung scharf kritisieren, statt es einfach schulterzuckend zur Kenntnis zu nehmen.

Auf die Frage, ob der Regierungsrat eigene Analysen und Studien in Auftrag geben möchte, sagt er Nein, beim Rheintunnel handelt es sich um ein Projekt des Bundes. Und somit hat es nichts mit uns zu tun, der Mehrverkehr, die grossteilige Zerstörung der Dreirosenmatte, die riesige Baustelle oder die Klimakrise. Der Regierungsrat zeigt ja gerade beim Herzstück super auf, wie er sich für kantonale Anliegen einsetzen kann, das soll er jetzt endlich auch gegen Rheintunnel machen, wie es der Wille der Basler Bevölkerung ist. Das Nein zum Rheintunnel bleibt ein Nein zum Rheintunnel, Punkt.

Ich bin nicht zufrieden mit dieser Antwort.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

41. Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend sofortigen Verzicht auf sämtliche Massnahmen des Kaskadenmodells, Stellungnahme des RR

[19.11.25 10:29:15, 25.5232.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich teilweise zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Regierungsrätin Stephanie Eymann hat das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Lassen Sie mich mit den Gemeinsamkeiten beginnen. Wir alle wollen das Gleiche, Sicherheit im Stadion, Freude am Fussball, Emotionen, aber keine Gewalt. Wir wollen Spiele, die verbinden, nicht solche, die Angst machen. Dass Fussball auch anders geht, haben wir vor kurzem erlebt während der Frauen EM. Dieses Turnier war ein Höhepunkt für die Schweiz, für unsere Nationalmannschaft und für Basel als Host City. Es war ein Fest des Sports, friedlich, fröhlich und inspirierend. Es hat gezeigt, dass Leidenschaft und Respekt sich nicht ausschliessen und dass Fussball Grosses bewirken kann, wenn alle am gleichen Strang ziehen. Doch schon die ersten Wochen und Monate nach der Women's Euro haben wir leider gemerkt, dass diese Idealvorstellung im Männerfussball, dass wir von der noch weit entfernt sind. In Genf kam es bereits zum Saisonauftakt zu Schlägereien zwischen rivalisierenden Fangruppen. Beim Cupspiel zwischen YB und Aarau wurden Menschen durch Pyrotechnik verletzt und die Polizei musste eingreifen, um Schlimmeres zu verhindern. In Zürich müssen Journalistinnen und Journalisten anonym berichten, weil sie nach Artikeln über die sogenannte Fankultur bedroht wurden. Und hier in Basel hat die UEFA den FCB wegen Vorfällen im Joggeli sanktioniert, mit einer Busse und einer Sektorensperrung auf Bewährung nach dem Spiel gegen den VFB Stuttgart.

Meine Fragen an Sie, finden Sie all dies normal? Gehen Sie davon aus, dass Ihre Sicherheitsbehörden solche Zustände einfach hinnehmen? Haben Sie die besorgten und verängstigten Stimmen der Personen gehört, die im Familiensektor von gewaltsamen Aufeinandertreffen betroffen waren am Spiel gegen Stuttgart? Sie erwarten zu Recht, dass wir bei der Verkehrssicherheit, bei der häuslichen Gewalt oder bei Gewaltdelikten im öffentlichen Raum Massnahmen ergreifen, um die Sicherheit zu gewährleisten. Dort geben Sie sich auch nicht damit zufrieden, dass die Strafverfolgung nach Vorfällen einfach die Ermittlungen aufnimmt. Sie verlangen mehr. Das ist gut und korrekt so. Im Umfeld von Fussballspielen verlangen Sie aber per Motion, dass die Bewilligungsbehörden kategorisch auf Massnahmen wie Sektor- und Stadionsperren verzichten sollen, ohne Ausnahmen. Ist Ihnen bewusst, welches Signal Sie damit aussenden? Diese Ereignisse sind leider keine Einzelfälle, sie zeigen, dass Gewalt im Fussballumfeld leider noch immer Realität ist und genau in dieser Situation fordert die Motion Pascal Messerli, dass die Behörden auf sämtliche Massnahmen des Kaskadenmodells verzichten sollen, auf Sektorensperren, auf Bewilligungsauflagen, auf das, was Sicherheit gewährleisten kann. Mit anderen Worten, sie will den Handlungsspielraum der Polizei einschränken, pauschal, kategorisch und ohne Ausnahmen.

Der Regierungsrat hat in seiner Stellungnahme vom 27. August bereits dargelegt, dass diese Forderung rechtlich unzulässig ist, da der Grosse Rat der Exekutive nicht verbieten kann, kantonales Recht anzuwenden oder im Einzelfall von ihrem Ermessensspielraum Gebrauch zu machen. Genau das würde diese Motion aber tun. Die Kantonspolizei handelt auf Grundlage des Polizeigesetzes. Sie ist verpflichtet, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen und sie darf Grossveranstaltungen nur bewilligen oder mit Auflagen bewilligen, wenn die Voraussetzungen dafür erfüllt sind. Und genau hier liegt der entscheidende Punkt, den der Regierungsrat in seiner Stellungnahme betont. Massnahmen wie Sektorensperrungen oder Bewilligungsauflagen stützen sich nicht auf das Kaskadenmodell, sondern ausschliesslich auf das Polizeigesetz. Das Kaskadenmodell ist kein Gesetz, keine Rechtsnorm, kein Instrument mit eigener Wirkung, es ist lediglich eine verwaltungsinterne Orientierungshilfe, ein Koordinationsinstrument zwischen allen kantonalen Bewilligungsbehörden, damit ähnliche Situationen schweizweit auch ähnlich behandelt werden. Selbst wenn das Kaskadenmodell morgen verschwände, bliebe die Rechtslage unverändert. Die Kantonspolizei könnte auch dann gestützt auf das Polizeigesetz Auflagen verfügen oder Sektorensperrungen anordnen, wenn dies zur Gewährleistung der Sicherheit notwendig und verhältnismässig ist. Das Kaskadenmodell schafft also keine neuen Kompetenzen, es ordnet und harmonisiert die bestehende Praxis.

Aber der wichtigste Punkt ist einer, der nicht allen klar zu sein scheint, die Bewilligungsbehörden haben sich zwar auf das Kaskadenmodell geeinigt, aber am Ende entscheidet immer noch jede Bewilligungsbehörde selbstständig. In Basel-Stadt ist das die Kantonspolizei Basel-Stadt, die auf Basis des geltenden Polizeigesetzes bestehende Bestimmungen bewilligt. Sie kann mit oder ohne Kaskadenmodell Auflagen erteilen, so will es das Gesetz. Vielleicht erinnern Sie sich noch an die Sektorensperre für das Spiel des FCB gegen YB im April 2023, nachdem es zu massiver Gewalt gegen Sicherheitskräfte im Stadion gekommen war. Nochmals, das war 2023, damals gab es noch kein Kaskadenmodell, Massnahmen sind also auch ohne dieses Modell möglich. Ja, das Kaskadenmodell ist nicht perfekt, das streitet die Regierung auch nicht ab, es braucht

Verbesserungen, es braucht Justierungen. Aber diese Selbstkritik meinen wir auch ernst, das ist der Grund, dass wir das Modell weiterentwickeln, aber es nicht jetzt einfach abschaffen.

Der Regierungsrat betont, dass der Dialog zwischen Behörden, Clubs und auch Fans bereits heute ein zentraler Bestandteil der Sicherheitsstrategie ist. Basel-Stadt pflegt diesen Dialog über die Fanarbeit, über die Cluballianz und die direkten Gespräche mit dem FC Basel. Das ist gelebte Zusammenarbeit. Aber, und auch das steht deutlich im Bericht, der Dialog kann staatliches Handeln nicht ersetzen, wenn konkrete Gefahr droht und Gewalt. Wer fordert, dass auf alle Massnahmen verzichtet wird, entzieht genau jenen Behörden die Instrumente, die sie brauchen, um im Notfall zu handeln. Das ist das Gegenteil von Verantwortung. Diese Motion ist daher zum Teil rechtlich unzulässig, inhaltlich falsch und sicherheitspolitisch gefährlich. Sie würde ein falsches Signal senden, nämlich dass der Staat im Stadionraum wegschaut, wo er handeln müsste und damit einen rechtsfreien Raum toleriert. Dazu kann ich als Sicherheitsdirektorin nicht meine Zustimmung erteilen.

Ich bitte Sie deshalb im Namen des Regierungsrats, den Vorstoss nicht als Motion, sondern als Anzug zu überweisen. So können wir den Dialog stärken und gleichzeitig sicherstellen, dass unsere Behörden handlungsfähig bleiben. Denn klar ist, Sicherheit ist keine Einschränkung von Fankultur, sie ist die Voraussetzung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, diesen Vorstoss auch bei der Zweitüberweisung als Motion zu überweisen. Seitdem der Vorstoss im Mai dringlich traktandiert und deutlich überwiesen wurde, ist einige Zeit vergangen. Der Regierungsrat hätte genügend Zeit gehabt, hier einen Gang zurückzuschalten, damit in Zukunft keine friedlichen Fans mehr bestraft werden, wenn sie sich eben nicht strafbar gemacht haben. Anlass dafür gab es eigentlich genug. Diese Motion wurde eindeutig überwiesen, es gab einen Entscheid des Statthalters in Zürich, welcher Sektorensperren als unverhältnismässig erachtet, wenn keine unmittelbare Gefahrenlage besteht, in Basel und in anderen Städten sind mehrere Verfahren gegen Sektorensperren basierend auf diesem Kaskadenmodell hängig.

Inhaltlich hat sich unsere Argumentation nicht verändert, wir wollen keine Kollektivstrafen. Wenn jemand eine Straftat während einem Fussballspiel begeht, dann sollen die Strafverfolgungsbehörden wirken. Das funktioniert auch, es gibt zahlreiche Hooligan-Prozesse, die medienwirksam sind, aber es kann nicht sein, dass ganze Sektoren oder ganze Stadien regelmässig aufgrund Straftaten von wenigen gesperrt werden und man den friedlichen Fans das Fussballspiel verbietet. Hier wird auch immer suggeriert, dass alle Fussballfans eine gewisse Mitschuld an Gewalttaten haben. Dies möchte ich in aller Form auch als Fussballfan einmal zurückweisen. Das ist ein völlig falsches Narrativ, welches insbesondere auch die Mitglieder der KKJPD in ihrer Kommunikation schüren. Diese Auffassung ist, Entschuldigung gesagt, ein fertiger Blödsinn. Selbstverständlich distanziere auch ich mich von sämtlichen Gewalttaten, auch im Rahmen von Fussballspielen, aber es ist nicht die Schuld von unbeteiligten Fans, wenn Straftaten während einem Fussballspiel geschehen. Genauso wenig ist man schuldig, wenn man an einem Freitagabend in eine Beiz geht, dort etwas trinken geht und sich draussen mehrere Leute vor der Tür prügeln. Dort sagt ja auch keiner, jetzt soll man den Stammtisch nächste Woche schliessen. Und mit diesem Kaskadenmodell bestrafen Sie eben nicht diese Hooligans, Regierungsrätin Stephanie Eymann, wie Sie jetzt in ihrem Anfangsvotum erläutert haben bei diesen Fällen, sondern sie bestrafen eben alle Fans, wenn Sektoren und ganze Stadien gesperrt werden.

Nun möchte man diese Motion für rechtlich ungültig erklären, damit man an diesen Kollektivstrafen festhalten kann, und da kann ich Ihnen sagen, macht auch die SVP-Fraktion nicht mit. Dass wir mit unserer Motion in die polizeiliche Arbeit eingreifen und Ihnen die Möglichkeit nehmen, Auflagen zu erteilen, das wird bestritten. Selbstverständlich kann die Polizei das nach wie vor tun, sie konnte es vor der Einführung des Kaskadenmodells tun und wir fordern ja auch nicht die Abschaffung des Polizeigesetzes. Die Auflagen der Polizei zur unmittelbaren Gefahrenabwehr sollen aber nicht automatisch Massnahmen des Kaskadenmodells beinhalten, so wie es die KKJPD ja gerade vorschreibt. Sie, Regierungsrätin Stephanie Eymann, wollen einen Auflagenautomatismus. Man hat ein Ereignis A, einen Raufhandel, 10 gegen 10, irgendwo ausserhalb des Stadions zwei Stunden nach einem Spiel und die Folge dann ist automatisch Stufe 3 oder 4 des Kaskadenmodells, welches zur Sperrung von Sektoren oder ganzen Stadien führt und dies, obwohl es im Einzelfall häufig gar keine unmittelbare Gefahrenlage am nächsten Spiel gibt. Und genau deshalb wurde auch die Sektorensperre in Zürich beim Spiel FCZ-Lausanne, Entscheid vom Statthalter, als unverhältnismässig und nicht rechtens gewertet. Das ist die Realität, meine Damen und Herren.

Man spricht hier Kollektivstrafen aus, möchte es aber nicht Kollektivstrafen nennen. Man spricht von angeblicher Prävention und Gefahrenabwehr, betreibt aber Repression und dafür haben Sie in Basel nicht einmal eine genügend gesetzliche Grundlage, weil Basel-Stadt eben nicht dem verschärften Hooligan-Konkordat beigetreten ist. Man kann also davon ausgehen, dass auch die Sektorensperre FCB-Yverdon eines Tages von einem Gericht als unzulässig gewertet wird. Und wissen Sie, Regierungsrätin Stephanie Eymann, ich sage Ihnen gerne einmal eines, wenn Sie hier hinstehen würden und sagen würden, Sie sind für Kollektivstrafen, Sie sind für mehr Repression gegen alle Fussballfans und Sie wollen das sauber

in einem Gesetz regeln, dann wäre ich ebenfalls nicht mit Ihnen einverstanden, aber man könnte es im Rahmen der Demokratie diskutieren. Was ich nicht akzeptieren kann, was auch ein grosser Teil der SVP-Fraktion nicht akzeptieren kann, ist diese unzulässige Mogelpackung namens Kaskadenmodell, in welchem alle Fussballfans in einen Topf geworfen werden. Und natürlich ist es eine Kollektivstrafe, die Sperre gegen Yverdon am Ostermontag und die Einstellung des Ticketverkaufs war wohl kaum ein Ostergeschenk der KKJPD für Familien, welche an diesem Tag gerne das Stadion besucht hätten.

Und dann möchte ich noch den Punkt dieser AG Bewilligungsbehörde aufgreifen. Das ist ja nun wirklich völlig absurd und das kann man doch juristisch effektiv nicht mehr begründen und dahinterstehen. Es existiert eine AG Bewilligungsbehörde, es ist aber nirgends geregelt, was deren Aufgabe ist und wie diese personell zusammengesetzt ist. Nur dank der Interpellation von Ratskollege Beda Baumgartner wissen wir, dass unter anderem Vertreter der SBB und der Staatsanwaltschaft Einsitz in dieser AG-Bewilligungsbehörde haben. Diese Bewilligungsbehörde stellt dann angeblich Anträge an die Polizei im Sinne des Kaskadenmodells der KKJPD. Es ist aber nicht nur so, dass diese Sektorensperre FCB-Yverdon ohne genügend gesetzliche Grundlagen verfügt wurde und diese ziemlich sicher auch eines Tages in einem Gericht als unverhältnismässig gewertet wird, der Antrag dafür stellte auch noch eine AG Bewilligungsbehörde, deren Existenz nirgendwo in einem Gesetz geregelt ist. Bei allem nötigen Respekt, aber das ist nun wirklich ein juristisches Lehrbuchbeispiel für verwaltungsrechtliche Pfuscharbeit. Diese Motion ist nicht unzulässig. Unzulässig ist dieses intransparente und willkürliche Handeln der Behörden. Das wollen wir verhindern mit unserer Motion, wir wollen nicht die normale Polizeiarbeit verhindern, wie sie vorher auch jahrelang relativ gut funktioniert hat.

Und nun noch zum Dialog. Bei der Erstüberweisung haben Sie gesagt, Sie machen das dann auch gar nicht mehr, nun attestiere ich Ihnen zumindest, Regierungsrätin Stephanie Eymann, dass Sie den Dialog führen möchten. Das ist ja schön und gut, nur Fakt ist, die Liga hat sich von Ihnen distanziert, die Clubs distanzieren sich von Ihnen, die Fans distanzieren sich zunehmend von Ihnen, die KKJPD hat rechtlich und juristisch die ganze Sache eskalieren lassen, es sind mehrere Gerichtsentscheide noch hängig und hier kann man nicht von einem fairen Miteinander sprechen. Es ist gegenteilig der Fall. Wir haben aktuell eine Elfenbeinturmpolitik, wenn der FC Basel als Club aus den Medien von wirtschaftseinschneidenden Sektorensperren und Ticketverkaufsverboten erfahren muss.

Und jetzt können Sie mir sehr gerne die rotblaue Brille wieder aufsetzen. Ich nehme das in dieser Stadt gar nicht mal unbedingt als Beleidigung, sondern eher als Kompliment an. Aber ich muss Ihnen schon sagen, der FC Basel ist eine grosse Institution, Woche für Woche kommen über 20’000 oder sogar über 30’000 Menschen ins Stadion. Gäbe es diesen Club nicht, wäre hier niemand auf die Idee gekommen, in dieser Stadt ein Stadion zu bauen. Gäbe es dieses Stadion nicht, hätten wir die EM 2008 nicht gehabt, wir hätten die EM 2025 nicht gehabt, wir hätten ja wahrscheinlich nicht einmal den Eurovision Song Contest hier in dieser Stadt gehabt, zumindest nicht in dieser Zusammensetzung mit dieser Arena Plus. Und da erwarte ich einfach auch von den Behörden, dass man dieser Institution FC Basel auf Augenhöhe begegnet, dass wirtschaftseinschneidende Massnahmen nur dann verfügt werden, wenn es sicherheitspolitisch wirklich nicht anders geht, und dass man nicht alle Fans einfach verurteilt und in einen Topf wirft. Fussballfans sind nicht per se Verbrecher und der Clubfussball ist per se auch kein Verbrechen, dieses Narrativ muss endlich aufhören.

In diesem Sinn vertritt die SVP-Fraktion die Auffassung, dass man diese Motion weiterhin als Motion behandeln sollte und ich bedanke mich bei allen Fraktionen auch für die gute Unterstützung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die SP hat Lisa Mathys das Wort.

Lisa Mathys (SP): Die SP-Fraktion betont weiterhin, wir finden Kollektivstrafen falsch und bringen dies hiermit erneut zum Ausdruck. Wir wollen deshalb ebenfalls bei der Motion bleiben. Dies im Sinne, dass die rechtlich zulässigen Teile ernstgenommen werden sollen und insbesondere um mit Nachdruck an gültige Entscheide dieses Parlamentes zu erinnern. Der Grosse Rat von Basel-Stadt hat sich gegen das Hooligan-Konkordat entschieden und es ist aus unserer Sicht entsprechend stossend, wenn Regierungsrätin Stephanie Eymann dies ignoriert und auf ein Kaskadenmodell setzt, das rein formell möglicherweise nicht direkt mit dem Hooligan-Konkordat verknüpft ist, aber nicht ohne diesen Kontext verstanden und angewendet werden kann.

Gerne sage ich noch einmal ein paar Worte, um unsere Haltung zu Kollektivstrafen zu erläutern. Bei der ersten Überweisung hatte ich Ihnen von meinem Besuch des Auswärtsspiels in Zürich erzählt. Eine Schlägerei im Nachgang dieses Spiels führte ja bekanntlich zur Kollektivstrafe einer Teilsperrung der Muttenzerkurve in Basel. Mit diesem Vorfall führte es auch zur Motion an sich und in der Stellungnahme zur Motion von Kollege Messerli steht nun Folgendes: Die Massnahmen dienen dabei der Gefahrenabwehr, nicht der Sanktionierung im strafrechtlichen Sinn. Und dies zeigt uns eben, dass die Hauptbotschaft nicht verstanden wurde. Jetzt einfach noch einmal. Die Schlägerei, die dumme, unnötige, zu verurteilende Schlägerei nach dem Auswärtsspiel gegen den FCZ fand ausserhalb des Stadions in Zürich statt. Danach erfolgte eine Sektorsperrung im Stadion in Basel gegen einen zufälligen anderen Gegner. Wie genau soll man das als Gefahrenabwehr oder sinnvolle Prävention deuten? Das wäre von der Logik her zu vergleichen mit der Situation, dass man an einem Konzert in Basel ein

Lautsprecherverbot verhängt, weil es nach einem Konzert der gleichen Band im Wankdorf zu einer Ruhestörung in einem Quartier rund um das Wankdorf kam. Und dies ist dann Prävention.

Darum geht es, es geht nicht darum, die Gewalt gutzuheissen, wir sind einfach klipp und klar der Meinung, dass das Kaskadenmodell mit seinen Automatismen und die Kollektivstrafen keine wirksame Prävention sind, sondern eben Kollektivstrafen. In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, bei der Motion zu bleiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die FDP hat Luca Urgese das Wort.

Luca Urgese (FDP): Ich möchte diesmal etwas anders beginnen als bei der letzten Debatte, die ja durchaus von gewissen Emotionen geprägt war. Ich habe grossen Respekt vor der Arbeit unserer Sicherheitsdirektorin. Sie hat wohl einen der schwierigsten Jobs bei uns im Kanton und ist stets von allen Seiten unter enormem Druck. Auch wenn wir nicht immer mit allen Entscheiden einverstanden sind, verdient das unsere Anerkennung, das möchte ich vorausschicken.

Wenn wir nun heute wieder über dieses Kaskadenmodell diskutieren, dann steht vor allem eine Frage im Vordergrund. Ist das Kaskadenmodell Prävention oder Sanktion. Anhand der Antwort auf diese Frage lassen sich meines Erachtens alle vorliegenden Diskussionspunkte abarbeiten. Nun sind wir ja gewissermassen in einem Schwebezustand, solange die gerichtliche Prüfung der Kurvensperrung im Spiel gegen Yverdon Sport noch ausstehend ist. Ich denke, nicht nur der Regierungsrat, sondern auch der Grosse Rat begrüsst, wenn diese Frage durch unsere Gerichte geklärt wird.

Kommen wir nun also zu dieser Frage, Prävention oder Sanktion. Was bedeutet Prävention? Prävention ist das Vorbeugen oder Verhüten, man will also unerwünschte Ereignisse verhindern. Was bedeutet demgegenüber Sanktion? Eine Sanktion ist eine Reaktion auf ein bestimmtes Verhalten, um dieses Verhalten zu bestrafen. Der Regierungsrat bleibt in seiner Stellungnahme dabei, dass er die Kurvensperrung als Teil des Kaskadenmodells eine präventive Massnahme nennt. Das ist und bleibt aus unserer Sicht klar falsch. Eine Massnahme, die ergriffen wird, nachdem etwas passiert ist, als Reaktion darauf, was passiert ist, ist per Definition nicht präventiv. Es ist ein Vorgehen nach dem Muster wenn, dann. Schauen Sie sich das Kaskadenmodell an, es ist genau nach diesem Konzept aufgebaut. Wenn etwas passiert, dann ist Folgendes die Konsequenz. Das hat auch der Kantonsrat des Kantons Luzern erkannt und deshalb eine Volksinitiative teilweise für ungültig erklärt, die genau ein solches Konzept vorsah.

Präventiv vorzugehen würde bedeuten, dass man beim bevorstehenden Spiel aufgrund einer Lageanalyse zum Schluss kommt, dass im konkreten Spiel eine Gefahr droht und dass deshalb eine zusätzliche Auflage erforderlich ist, um diese Gefahr abzuwenden. Ginge es nun bei diesem Spiel gegen Yverdon, welches der Auslöser dieser Motion war, um Gefahrenabwehr? Drohte in diesem konkreten Spiel eine Gefahr? Warum besteht in Basel bei einem Spiel gegen Yverdon eine Gefahr, wenn es zuvor bei einem Spiel in Zürich gegen den FC Zürich nach dem Spiel ausserhalb des Stadions einen Angriff gab? Gab es irgendwelche Anhaltspunkte, dass es in diesem Spiel zu Racheaktionen aus Zürich kommt? Wenn ja, wären diese Anhaltspunkte ein gut gehütetes Geheimnis. Deshalb müssen wir davon ausgehen, und das entspricht ja auch der Kommunikation durch die Arbeitsgruppe Bewilligungsbehörden, dass es eine Reaktion auf die Ereignisse in Zürich war und damit eine Sanktion. Und weil man diese individuell nicht zuordnen konnte, eine Kollektivsanktion, eine Kollektivstrafe für die ganze Kurve.

Damit können wir nun zur Frage der rechtlichen Zulässigkeit kommen. Der Regierungsrat argumentiert, die Legislative könne der Exekutive nicht verbieten, kantonales Recht anzuwenden. Das stimmt, nur, das ist nicht, was hier gefordert wird. Das Kaskadenmodell ist kein kantonales Recht. Das Kaskadenmodell, so schreibt es der Regierungsrat selbst und so hat es die Regierungsrätin vorhin wiederholt, ist eine gemeinsame Orientierungshilfe der kantonalen Bewilligungsbehörden. Es ist völlig unbestritten, dass der Regierungsrat bzw. die Kantonspolizei gemäss § 66 des Polizeigesetzes eine Bewilligung mit Auflagen versehen kann, nur müssen auch Auflagen rechtlichen Anforderungen genügen. Sie dient dazu, ein öffentliches Interesse durchzusetzen, in diesem konkreten Fall die Wahrung der öffentlichen Sicherheit. Nur, und da sind wir wieder beim entscheidenden Punkt, die Auflage der Kurvensperrung diente nicht dazu, die öffentliche Sicherheit beim betroffenen Fussballspiel zu wahren, sie war eine Reaktion auf ein bereits erfolgtes Ereignis und ging damit über das kantonale Recht hinaus. Es war also eine Sanktion verpackt in eine Auflage und Sanktionen brauchen eine gesetzliche Grundlage und für die gesetzliche Grundlage zuständig ist der Grosse Rat.

Was will nun diese Motion vom Regierungsrat? Auf sämtliche Massnahmen des Kaskadenmodells soll verzichtet werden, dass der Regierungsrat also Auflagen unterlässt, die faktisch Sanktionen sind, die keine entsprechende Rechtsgrundlage haben. Und was will diese Motion nicht? Dass der Regierungsrat auf Massnahmen, die aufgrund konkreter Anhaltspunkte im Einzelfall präventiv zu ergreifen sind, verzichten muss. Kann der Regierungsrat bzw. kann die Kantonspolizei auch nach Annahme dieser Motion Auflagen aussprechen? Ja natürlich, wenn es keine Sanktionen sind, sondern echte präventive Massnahmen. Weil etwas ist auch uns klar, es gibt ein Gewaltproblem. Ich habe in der Vorbereitung die Debatte im Mai nochmals nachgelesen. Niemand hat bestritten, dass es im Fussball oder präziser im Männerfussball ein Gewaltproblem gibt. Es gibt auch keinen Unterschied in der Wertung, ob Gewalt an einer Demonstration passiert oder häusliche Gewalt

ausgeübt wird oder Gewalt an einem Fussballspiel, in jedem Fall ist diese gleichermassen strafrechtlich zu verfolgen und nach individueller Verantwortung zu sanktionieren. Aber es gibt einen klaren Unterschied. Ob im Joggeli etwas passiert, wo der organisierende Verein die Kontrolle und die Verantwortung hat und anschliessend gibt es eine Kurvenschliessung, allenfalls auch auf Bewährung, oder ob etwas in einer anderen Stadt, nicht einmal im Stadion, sondern irgendwo ausserhalb passiert, wo der Verein weder die Kontrolle noch die Verantwortung hat. Genau darum geht es.

Und natürlich, diese Angriffe, wie sie am 12. April 2025 geschehen sind, sind weder zufällig noch spontan. Da ist dem Regierungsrat nicht zu widersprechen, aber das anzuerkennen bedeutet nicht automatisch, dass man mit allem einverstanden sein muss, was der Regierungsrat daraus schlussfolgert. Es fällt mir nicht schwer einzuräumen, dass es keine einfachen Lösungen gibt. Die Sicherheitsbehörden, insbesondere die Polizei, haben eine sehr schwierige Aufgabe. Das entbindet sie aber nicht davon, Straftäter auf individueller Ebene zu verfolgen und zu bestrafen.

Und ja, wir wollen auch hier mehr. Deshalb gibt es in dieser Motion ja auch einen zweiten Teil. Wir skizzieren also den Weg, den wir uns vorstellen. Es ist eine Kombination aus dem, was wir wollen und aus dem, was wir eben nicht wollen und das ist für uns der richtige Weg. Deshalb bitten wir Sie, diese Motion weiterhin als Motion zu behandeln und entsprechend zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für die BastA hat Nicola Goepfert das Wort.

Nicola Goepfert (BastA): Ich werde in eine ähnliche Richtung gehen wie die bisherigen Sprecher*innen. Auch wir von BastA bleiben bei unserer Haltung, Kollektivstrafen sind kein geeignetes Mittel, um Gewalt zu bekämpfen, weder im Umfeld von Fussballspielen noch bei Demonstrationen oder anderswo. Sie treffen in erster Linie Unschuldige, sie sind unverhältnismässig und sie widersprechen dem Grundprinzip unseres Rechtsstaats, nämlich dass bestraft wird, wer auch tatsächlich etwas verbrochen hat.

Die Regierung argumentiert, die Polizei dürfe aufgrund von § 2 des Polizeigesetzes Massnahmen treffen, um Gefährdungen zu verhindern oder abzuwehren. Ja, das ist richtig, aber es setzt eben voraus, dass eine unmittelbare Gefährdung oder Störung vorliegt. Wenn aber nach einem Vorfall automatisch Massnahmen für ein späteres Spiel ergriffen werden, womöglich nicht einmal in derselben Stadt, im selben Stadion oder bei denselben Clubs, etwa Sektorsperrungen oder verschärfte Auflagen, dann handelt es sich dabei nicht um unmittelbare Gefahrenabwehr, sondern um eine pauschale Sanktion. Für die Gefahrenabwehr ist es dann zu spät, die Gewalt, so unnötig und blöd sie ist, ist bereits ausgeübt worden. Und wie Luca Urgese bereits sagte, das ist keine Prävention, sondern eine Sanktion, nicht gegen die Täter selbst, sondern gegen einen ganzen Sektor bzw. Club. Es ist eine Kollektivstrafe.

Fragwürdig ist zudem, dass der Regierungsrat das sogenannte Kaskadenmodell lediglich als verwaltungsinterne Koordinationspraxis bezeichnet. In der Realität dient es aber dazu, Automatismen zu schaffen, mit denen Bewilligungen oder Auflagen an Bedingungen geknüpft werden, die nichts mehr mit einer konkreten Gefahrenlage zu tun haben. Das ist rechtsstaatlich fragwürdig. Wenn die Regierung den Clubs mit dem Entzug von Bewilligungen droht, um sie zu bestimmten Massnahmen zu bewegen, dann ist das keine partnerschaftliche Zusammenarbeit, sondern Druckausübung ohne klare gesetzliche Grundlage. Wir als Parlament müssen dort eingreifen, wo der Regierungsrat seine Kompetenzen überschreitet oder sein Gewaltmonopol missbräuchlich anwendet. Genau gleich, wie wir eingreifen müssen, wenn gegen eine Demonstration unverhältnismässig gehandelt wird. Die Verhältnismässigkeit hat im Kaskadenmodell leider keinen Platz.

Wir anerkennen, dass Sicherheit an Grossanlässen wichtig ist und hierbei sollen die Kompetenzen der Regierung ja auch nicht grundsätzlich eingeschränkt werden, aber sie darf nicht auf Kosten von Rechtsstaat und Fairness gehen. Massnahmen dürfen nicht als Sanktion dienen, sondern müssen sich immer konkret auf den bevorstehenden Anlass beziehen. Wir von BastA fordern, dass staatliche Massnahmen immer verhältnismässig, rechtsstaatlich und individuell begründet sind, bei Fussballspielen, bei Demonstrationen, ja überall. Darum unterstützen wir von BastA die Motion auch bei der Zweitüberweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Ja, was wünschen wir uns eigentlich, wir wünschen uns erfolgreiche spannende Spiele, die wir im Nachgang natürlich auch gerne feiern. Wir wollen mit interessanten Menschen mit gleichen Interessen unsere Freizeit friedlich verbringen. Was wir uns nicht wünschen und was man leider halt eben doch ab und zu sieht, sind Zuschauer, die, sagen wir mal, nicht wissen, wie man sich verhält.

Von der Arbeitsgruppe Bewilligungsbehörden unter Koordination des KKJPD wurde als Möglichkeit dieses Kaskadenmodell entwickelt. Es handelt sich um eine gemeinsame Orientierungshilfe der kantonalen Bewilligungsbehörden ohne unmittelbare Rechtswirkung. Ziel ist ein schweizweit abgestimmtes nachvollziehbares Vorgehen bei gewalttätigen Vorkommnissen im Umfeld von Fussballspielen. Das Ziel des Kaskadenmodells ist es, risikobehaftete Spiele unter fairen und sicheren Bedingungen für möglichst viele Zuschauerinnen und Zuschauer unter zugänglichen Bedingungen durchführen zu können.

Ja, es ist leider eine Kollektivstrafe, was auch störend ist und sich nicht in allen Teilen bewährt hat, aber es ist doch eine der wenigen Möglichkeiten, etwas im Interesse von fairen Spielen zu tun. Wichtig dabei ist, dass ein Dialog zwischen Fans, Club und Sicherheitsbehörden stattfindet. Somit lässt sich in Zusammenarbeit zwischen dem FCB und den Sicherheitsbehörden in regelmässigen Gesprächen als Basis für die Situation etwas verbessern, wie auch in der Anwendung des Modells. Somit können sich alle einbringen und etwas für friedliche Spiele bewirken.

Richtig wäre jetzt, am Modell weiterzuarbeiten und es zu verbessern und nicht, wie es die Motion verlangt, einfach abzuwürgen und wieder bei null anzufangen. Darum ist die LDP gegen die Überweisung der Motion, könnte aber mit einem Anzug leben, damit der Regierungsrat weiter berichten und daran arbeiten kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNE/jgb ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Es hat sich nicht so viel getan, wenn man die Stellungnahme des Regierungsrates ansieht. Ich habe auch das Protokoll der letzten Sitzung nochmals angeschaut und zumindest inhaltlich bin ich jetzt nicht viel schlauer geworden. Sie haben gesehen, unsere Fraktion ist offen. Das hat sich auch nicht geändert, wir hatten schon damals eine Minderheit, die nicht überzeugt war, dass es eine bessere Alternative gibt als ein Kaskadenmodell, mit dem zwar niemand zufrieden ist, aber das wenigstens irgendetwas bietet und sicher besser ist als einen massenhaften Einsatz von Videoüberwachung, personalisierten Tickets oder ähnlichem, dass es somit das kleinere Übel ist. Die Mehrheit dagegen war ganz klar dafür, dass das, wie wir das bereits gehört haben, nicht korrekt ist, so wie das jetzt angewandt wird, nämlich staatspolitisch, das haben wir schon von Pascal Messerli gehört, dass es überhaupt keinen Zweck und Ziel in dieser Strafe gibt, die die individuell betroffenen Personen irgendwie nachvollziehen können, und dass auch die Verdrängungseffekte, die ein solches Modell hat, einfach auch nicht wirklich berücksichtigt sind.

Wenn wir uns jetzt nun die Beantwortung anschauen, dann sticht zunächst die erste Forderung heraus zum Verzicht von sämtlichen Massnahmen. Dort sind wir auch wirklich gespalten, weil man tatsächlich sagen muss, dass ein Verzicht auf sämtliche Massnahmen, wie sie im Kaskadenmodell stehen, natürlich nicht gewünscht sein kann. Also die Polizei, die Bewilligungsbehörden müssen Massnahmen ergreifen können und wenn das die Meinung war, dass auf sämtliche Massnahmen verzichtet werden soll, dann ist das nicht korrekt. Wenn es aber darum geht, auf diese Kaskade, auf dieses Modell der Abhängigkeiten, dieses möchte die Mehrheit unserer Fraktion nicht mehr, weil das ist, wie wir das bereits mehrfach gehört haben, einfach nicht korrekt. Einerseits gegenüber den Menschen, die hier präventiv bestraft werden, und andererseits auch gegenüber denen, die eigentlich sogar bestraft werden sollten. Auf der einen Seite haben wir die unbeteiligten Fans, die einfach ein Spiel sehen möchten, die bestraft werden, wir haben den Club, der ja auch kein Interesse an Gewalt hat, und dann haben wir diejenigen, die gewaltbereit sind, die Gewalt ausüben oder ausüben könnten und da muss ich Ihnen sagen, dort gibt es keinen Lerneffekt bei diesen Menschen, einfach null. Ich war jetzt schon in einigen Stadien und Spielen, auch mit Fans, die ich jetzt eher speziell finde und ich glaube nicht, dass diese Menschen in diesem Bereich lernfähig sein werden, wenn Sie irgendwo ein halbes Jahr später eine Fankurve sperren. Das passiert einfach nicht und für die Unbeteiligten ist es schlicht nicht nachvollziehbar, weil ja keine Gefahr für sie sichtbar ist, die abgewehrt werden muss. Die Fans, die gewaltbereit sind, die treffen sich ja, wie wir das bei verschiedenen Beispielen schon gehört haben, sei es in Genf oder in Zürich, treffen sich ja nicht mal vor dem Stadion, sondern irgendwo anders und die Hooligans, die sowieso nicht zum Spiel gehen, die treffen sich sowieso irgendwo anders.

Deswegen können wir nicht Motion oder Anzug vorschlagen. Ich denke, es wird wieder sein, dass eine Mehrheit eher für die Überweisung als Motion sein wird und eine Minderheit eher einen Anzug sieht. Und sollte es wieder erwarten ein Anzug sein und die Regierung tatsächlich auch eine Überprüfung des Kaskadenmodells anstrebt, die Regierungsrätin hat ja bereits die Euro 2025 genannt, an allen Spielen, an denen ich war, hatte ich denselben Eindruck und offensichtlich, wenn man eine Massnahme entwickeln müsste, dann müsste es eigentlich in die Stärkung des Geschlechtermixes gehen. Weil ich denke, das war wirklich der entscheidende Unterschied und wir müssen es leider als Männer beim Namen nennen, es ist eine männliche Gewalt in den Stadien, sie ist meistens sehr jung, nicht ganz immer, aber es ist eine männliche Gewalt und wenn man etwas tun möchte, muss man diesen Geschlechtermix verbessern, zumindest um die Stimmung und die Atmosphäre im Stadion, wenn sie gewaltbereit wäre, zu verbessern.

Kurzum, ein Teil wird aus staatspolitischen Überlegungen als Anzug überweisen, der Rest möchte, um den Druck auf die Regierungsrätin aufrechtzuerhalten, dass auch wirklich etwas passiert, eine Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Erster Einzelsprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich kann mich ganz kurz fassen, kürzer als meine Vorredner. Zu diesem ganzen Thema lese ich auch jeden Tag sehr viel und als Fussballfan möchte ich einfach zwei Punkte sagen, die die Vorredner nicht gesagt haben. Ich will, dass der FC Basel sich an diesen Polizeikosten beteiligt. Das sage ich seit vielen Jahren als Grossrat in mehreren Vorstössen. Es ist einfach unfair, der FC Basel verdient Millionen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, das hat mit dem Thema nichts zu tun. Hier geht es um das Kaskadenmodell.

Eric Weber (Fraktionslos): Das verstehe ich eben nicht genau. Ich möchte einfach sagen, ich habe zum Thema FC Basel, und ich glaube, wir reden ja zum FC Basel, schriftliche Anfragen gemacht, bezahlt der FCB überhaupt Steuern. Wir reden doch über die Sicherheit, ich glaube, das ist richtig. Warum sind bei jedem Fussballmatch des FC Basel 450’000 Franken, die unser Steuerzahler an Sicherheit zahlt? Eine wichtige Frage ist, vielleicht könnte man das ja ganz abkürzen, ich habe gelesen, der FC Basel bezahlt keine Stadionmiete.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber, auch das hat nichts mit dem Kaskadenmodell zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe das falsch verstanden, ich entschuldige mich, aber ich will einfach sagen, es ist nicht okay, wenn man keine Miete zahlt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Ein ausserordentliches, schwieriges Thema. Es wimmelt nur so von Partikularinteresslern, angereichert mit Emotionen, Endorphinen wie bei Verliebten, Unzufriedene, am und im Leben gescheiterte Existenzen, zigtausend FCB-Sympathisanten, die auch Wähler sind. Zudem ist der FCB Heimatstube, Wochen-Highlight, grosse Frustabbauplattform, auch für normale Bürger, heilige Kuh des Basels, aber eben auch rechtsfreie Zone und Ort der Chaotenschläger und Gewalttätigkeiten, die auf und rund um einen Spielplatz nichts, aber auch wirklich gar nichts zu suchen haben. Vom katastrophalen Vorbild für unsere Jugend ganz zu schweigen.

Selbstverständlich bin ich grundsätzlich gegen Kollektivstrafen, andererseits bin ich für gewalt- und aggressionsfreie Sportstätten und Anlässe. In den vergangenen Jahrzehnten hat jedoch der Kuschelkurs und Gespräche auf Augenhöhe mit den sogenannten Fans, die öffentlich gar eine lebensgrosse Präsident Burgerner-Puppe verbrennen, leider nicht gefruchtet. Nun fehlt mir der Glaube, dass diese Taktik weiterhin zu verfolgen, zum Ziel führen wird. Wir müssen die Vereinsführungen dazu bringen, sich öffentlich, glaubhaft, konsequent und laut gegen die gewaltbereiten Chaoten mit Worten und Taten zu stellen. Da reicht nicht wie ein Vorgänger des jetzigen Präsidenten mit halbherziger Stimme im Stadion medienwirksam zu sagen, wir wollen das nicht.

Weil ich mir keine Gedanken machen will, ob wir wieder gesund nach Hause kommen, wenn ich mit meinen Enkeln an einen Sportanlass gehe, bin ich letztlich schweren Herzens dafür, das Kaskadenmodell mal machen zu lassen, mit aller Konsequenz. Ich empfehle Ihnen, die Motion abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Es ist ein Ärgernis, was sich da abspielt und die Leute haben es in der Tat satt. Niemand versteht, warum man in oder ums Stadion machen kann, was man will, die Sau ablassen kann, wie man will, Verzeihung für dieses Wort, und nichts geschieht. Ich habe volles Verständnis dafür, wenn die Sicherheitsdirektorinnen und Sicherheitsdirektoren in der Schweiz Lösungen suchen. Es muss sich etwas ändern. Meine Fraktion sieht das auch so und möchte der Sicherheitsdirektorin deshalb die Hände nicht binden und plädiert für Anzug.

Aus juristischen Gründen bin ich selber aber dafür, dass die Motion bestehen bleibt. Es ist doch nicht so, dass jeder Fan, der in das Stadion geht, Mitschuld ist, wenn dort etwas passiert, und es kann doch nicht sein, dass wir erwarten, dass die Fans selber für Ruhe und Ordnung sorgen. Wo machen wir das sonst, dass wir denken, die Leute müssen selber dafür sorgen,

dass andere sich richtig verhalten? Wir stecken alle Fans in eine Kiste. Die Idee dahinter, dass quasi die Fans selber korrigieren müssen, die Fans selber die Täter rauspicken müssen und die Fans selber diese irgendwie beruhigen müssen, die gibt es sonst nirgendwo. Wo sagen wir sonst, die Leute sollen jemanden, der zu schnell fährt, aus dem Auto zehren und dem das Auto wegnehmen, um dem verbieten, etwas zu fahren? Das Beispiel mit dem Verkehr hat die Sicherheitsdirektorin selber gebracht. Weil ein paar Idioten zu schnell fahren in irgendeiner Quartierstrasse, sperren wir dann diese zwei Tage später auch nicht für eine Woche, nur damit man die Leute erzieht. Es ist doch nicht die Aufgabe von uns allen, dafür zu sorgen, dass sich der andere, der Nachbar, der Dritte richtig verhält.

Das ist die Aufgabe der Polizei und es ist eine reine Frage der richtigen und der konsequenten Polizeiarbeit, dass hier für Ordnung gesorgt wird und hier muss für Ordnung gesorgt werden. Die Polizeidirektorin hat gefragt, soll ich im Stadion wegschauen. Nein, Stephanie Eymann, das Gegenteil ist der Fall, man muss im Stadium noch viel genauer hinschauen, man muss die Täter bestrafen, Sanktionenrecht ist immer auf die Täter bezogen. Auch wenn wir noch so gerne hätten, dass dieses Kaskadenmodell hier etwas hilft, es ist rechtsstaatlich ausserordentlich bedenklich, dass wir quasi das Kollektiv mit in die Pflicht nehmen und nicht sagen, es ist Strafrecht oder Bestrafungen müssen täterbezogen sein.

Ich glaube, der Ansatz von Pascal Messerli und Luca Urgese, beide haben hervorragend gesprochen und eigentlich alles Juristische gesagt, ist richtig, wir müssen hier neu denken, wir müssen aber auch am Ball bleiben. Das Problem muss gelöst werden und die Sicherheitsdirektorin hat unsere Unterstützung nötig und verdient, weil sie eine hervorragende Arbeit macht, aber hier mit dem Kaskadenmodell sind wir nicht auf dem richtigen Weg.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft. Stephanie Eymann verzichtet. Pascal Messerli und Weitere beantragen die Überweisung als Motion. Es gibt deshalb eine Eventualabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

27 Ja, 60 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007665, 19.11.25 11:17:49]*

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für eine Motion entschieden mit 60 Nein-Stimmen gegen 27 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Daniel Hettich beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

67 Ja, 19 Nein, 4 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007666, 19.11.25 11:18:29]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Überweisung als Motion entschieden mit 67 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen. Das Geschäft ist erledigt.

42. Interpellation Nr. 91 Thomas Widmer-Huber betreffend Menschenhandel auch ab 2026 als Schwerpunkt der Kriminalitätsbekämpfung in Basel-Stadt, Schreiben des RR

[19.11.25 11:18:38, 25.5372.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Menschenhandel ist leider ein aktuelles Thema, auch in Basel. Der Regierung danke ich für die Beantwortung meiner Fragen. Es ist erfreulich zum Beispiel zu lesen, dass in Verbindung mit der Taskforce Menschenhandel und der Fachgruppe der Polizei die Anzahl der Anzeigen erhöht werden konnte. Auch wenn es unterschiedliche Formen von Arbeitsausbeutung gibt, fokussiere ich mich heute auf die Zwangsprostitution.

Vor einem Monat titelte die Basler Zeitung: Baslerin beutete mindestens 90 chinesische Zwangsprostituierte aus. Die Frauen wurden unter anderem durch die Beschuldigte über chinesische Online-Chats angeworben und nach der Einreise hauptsächlich in den Kantonen Basel-Stadt und Bern einquartiert. Der Mechanismus ist bekannt, oftmals werden Frauen mit falschen Jobangeboten geködert, in Basel angekommen, werden ihnen die Pässe abgenommen und sie werden in die Prostitution gezwungen. Sie werden mit fiktiven Schulden wie Reisekosten, Kosten Logis unter Druck gesetzt. Auch männliche Sexarbeiter werden ausgebeutet. Die Kantonspolizei Bern nahm kürzlich einen Mann fest, der über Jahre Männer ausgebeutet haben soll. 40 Opfer wurden ermittelt, darunter befinden sich Männer aus Spanien, Brasilien, Kolumbien, Venezuela und Tschechien. Nach bisherigen Erkenntnissen handelt es sich dabei überwiegend um homosexuelle oder bisexuelle Männer, die ausschliesslich männliche Kunden bedienten.

Beim Menschenhandel und der Zwangsprostitution schreit das Unrecht zum Himmel. Ich habe deshalb etwas mitgebracht. Auch in Basel werden Menschen sexuell ausgebeutet. Dabei geht es häufig um ein klares Machtgefälle. Die Frauen, vorwiegend Migrantinnen, sind am kürzeren Hebel. Sie sind auf das Geld angewiesen und haben keine andere Wahl. Es geht oft um eine Form von Sklaverei. Viele Frauen halten die sexuelle Gewalt, die sie täglich erleben, nur mit Hilfe von Medikamenten, Alkohol und Drogen aus. Das Unrecht schreit zum Himmel. Auch bei meinen eingangs erwähnten Fällen wird deutlich, dass es bei den Ermittlungen einen langen Atem braucht, dass man über eine stetige Kontrolltätigkeit und interdisziplinäre Zusammenarbeit solche Systeme aufspüren und verfolgen kann. Von daher bedaure ich, dass die Regierung die Schwerpunktsetzung bei der Kriminalitätsbekämpfung nur um ein Jahr verlängert. Ich hatte mir vier weitere Jahre erhofft.

In der Antwort der Regierung wird der Runde Tisch Menschenhandel erwähnt. Dieser wurde vor 15 Jahren ins Leben gerufen und findet zweimal jährlich statt. Es geht um eine Plattform unter der Leitung des Justiz- und Sicherheitsdepartements für den fachlichen Austausch zwischen den verschiedenen zentralen Akteuren, die in diesem Bereich tätig sind. Dem Vernehmen nach wurde die Anzahl der Runden Tische reduziert. Warum? Aus Ressourcengründen? Braucht die Fachstelle Gewaltschutz und Opferhilfe vielleicht eine personelle Aufstockung? Es bleibt wichtig, dass auch solche interdisziplinären Gefässe bestehen bleiben. Da es sich um ein Querschnittsthema handelt, sind Vernetzung, Koordination und eine gemeinsame Strategie der verschiedenen Akteure weiterhin wichtig. Von daher bedaure ich, dass die Regierung die Schwerpunktsetzung bei der Kriminalitätsbekämpfung nur um ein Jahr verlängert. Ich hatte mir mehr erhofft, ich bin nur teilweise zufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

43. Interpellation Nr. 92 Lisa Mathys betreffend wieso führt eine emissionsintensive Töff-Parade mitten durch Wohnquartiere, Schreiben des RR

[19.11.25 11:23:32, 25.5373.02]

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Lisa Mathys (SP): Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, im Nachhinein war ich froh, dass meine Fragen zu Sinn oder eben eher Unsinn der Töff-Parade schriftlich beantwortet wurden. Nachdem ich die Antworten gelesen hatte, musste ich eine Pause einlegen, inzwischen habe ich mich wieder gefasst und Sie ahnen es, ich bin sehr unzufrieden mit der Antwort. Meine Damen und Herren, im Ernst, der Regierungsrat von Basel-Stadt findet a), dass eine Töff-Parade eine integrative Wirkung hat, b), dass es einer Balance entspreche, Anwohnende im Joggeli drei Tage lang den aufheulenden Motoren auszusetzen, c), dass es Aufgabe von Basel sei, mithilfe eines Motorradkorsos mitten durch die Wohnquartiere den Teilnehmenden zu zeigen, wie schön Basel sei, und d), dass der Korso aufgrund seines gesellschaftlichen und touristischen Werts toll sei, obwohl er den Klimazielen und der Nachhaltigkeitsstrategie des Kantons widerspreche. Sie merken es auch, was soll man da noch halten von Legislaturzielen und Strategiepapieren der Regierung.

Noch kurz zu einzelnen Antworten. Bei Frage 2 wurde die Frage zur Einhaltung der Verkehrsregeln nicht beantwortet. Im Strassenverkehrsgesetz steht im Artikel 42 Abs. 1, der Fahrzeugführer hat jede vermeidbare Belästigung von Strassenbenützern und Anwohnern (sollte man auch mal gendern) namentlich durch Lärm, Staub, Rauch und Geruch zu unterlassen. Auskuppeln und den Motor aufheulen lassen, Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Gesetzesverstoss. Aus dem Kreis von Anwohner*innen habe ich unaufgefordert folgende Aufnahme zugeschickt erhalten, ich lasse Sie daran teilhaben, nur ganz kurz. So tönt diese Biker-Parade und wie gesagt, ich habe das nicht angefordert. Richtig schlimm ist ein solcher Pegel natürlich für die Anwohnenden im Joggeli, wie ich das schon erwähnt habe, wo dieser Spass dann drei ganze Tage lang praktiziert wird. Dies integrativ zu nennen, finde ich unpassend. Und auch zum Einhalten des Tempolimits ist zu sagen, es ist einfach nicht nur unlustig, sondern auch gefährlich, wenn diese schweren Maschinen zu schnell an Kindern, die im Brunnen baden, vorbeifahren und ebenso, wenn sie beschleunigen, wenn jemand versucht, eine Quartierstrasse zu überqueren. Kein Wort davon in der Beantwortung der Interpellation.

Aufgrund der Redezeitbeschränkung picke ich nur ein weiteres Beispiel heraus, in der Antwort zu Frage 5 steht, dass es sich nicht vermeiden lasse, dass der Korso durch Wohnquartiere fahre, insbesondere wenn alternative Zufahrtsstrassen aufgrund von Baustellen nicht befahrbar sind. Ich muss sagen, ich bin einfach nicht bereit, eine solche Aussage zu akzeptieren. Die Realität ist nämlich diese. Letztes Jahr, 2024, wurde die Baustelle in der St. Alban-Vorstadt und der ganze Bauplatz dazu am Mühlenberg belegt. Der war immer belegt und für Anwohnende nicht zugänglich. Das Ganze wurde aufgeräumt und wegeräumt, damit der Töff-Korso durchfahren konnte. Von wegen, leider sind alternative Routen wegen Baustellen nicht befahrbar. Das finde ich dann einfach eine schwierige Ausrede. Ich will dieses Festival nicht verbieten, ich will den Töff-Fahrer*innen ihr Hobby nicht verbieten, ich will einzig, dass dies an einem dafür geeigneten Ort stattfindet und dass die Regierung sich eingesteht, dass es rational wirklich nicht erklärbar ist, dass diese Routenwahl für 1’000 Töffs mitten durch Wohnquartiere unserer dichtbesiedelten Stadt irgendeinen Sinn machen soll.

Ich bitte die Regierung wirklich, hier noch einmal in sich zu gehen und wie schon bei der Begründung gefordert, mit der Gemeinde Münchenstein zusammen über die Bücher zu gehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

44. Interpellation Nr. 96 Joël Thüring betreffend Umsetzung des Verhüllungsverbots in Basel-Stadt, Schreiben des RR

[19.11.25 11:28:08, 25.5377.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Joël Thüring (SVP): Es ist bekannt, das Bundesgesetz über das Verhüllungsverbot ist seit dem 1. Januar dieses Jahres in Kraft. Es wurde vom Schweizer Volk angenommen, sehr deutlich, bewusst, mit einem klaren Signal, in der Schweiz zeigt man Gesicht, wer hier lebt, steht zu unserer offenen freien Gesellschaft und versteckt sich nicht hinter Tüchern, Masken oder Schals. Doch wenn man die Antwort des Regierungsrats liest, muss man sich ernsthaft fragen, gilt das Gesetz auch in Basel-

Stadt oder nur in den anderen Kantonen, denn offenbar schaut man hier lieber weg. Seit fast einem Jahr gilt es, aber in Basel-Stadt wurde nicht eine einzige Busse ausgesprochen, nichts, null. Gleichzeitig schreibt der Regierungsrat, dass bei sieben Demonstrationen Personen beobachtet wurden, die ihr Gesicht verhüllt haben, teilweise mit Masken, teilweise mit Schlauchschals, also klare Verstösse gegen das Gesetz. Und was passiert? Man, Zitat, beobachtet, man beurteilt lageabhängig, man verzichtet auf Individualkontrollen. Mit anderen Worten, die Polizei sieht und lässt es durchgehen.

Ich frage mich schon, wenn jemand am falschen Ort parkiert, dann ist die Polizei sofort da, zack, Busse unter dem Scheibenwischer, wenn jemand das Parkticket fünf Minuten überzieht, kommt die Sanktion auf den Franken genau. Wenn man aber gegen ein Bundesgesetz verstösst, das vom Volk beschlossen wurde, dann heisst es plötzlich Verhältnismässigkeit, Deeskalation, Beobachtung. Das ist aus meiner Sicht, meine Damen und Herren, absurd. Hier wird mit zweierlei Mass gemessen und man muss sich fragen, ob dies politisch motiviert ist. Man verfolgt Falschparkierer, aber lässt Vermummte gewähren, man jagt Velofahrer ohne Licht, aber toleriert Maskierte an Demos. Das zeigt, wo der politische Wille fehlt, wird auch kein Recht durchgesetzt. Dabei war der Sinn des Verhüllungsverbots klar, es ging um Sicherheit, keine anonymen gewaltbereiten Chaoten mehr an Demonstrationen. Es ging um unsere Werte, um Offenheit, Gleichberechtigung, Respekt vor unserer Kultur und unserem Rechtsstaat. Das war die Botschaft des Volksentscheids.

Und nun erleben wir, dass ausgerechnet Basel-Stadt wieder einmal alles verwässert, alles in bürokratischen Floskeln erstickt. Anstatt konsequent zu handeln, versteckt sich der Regierungsrat hinter Schulungen. Man schult Polizisten in Verhältnismässigkeit und Deeskalation, aber offensichtlich nicht im Durchsetzen von Recht und Ordnung. Das Volk hat entschieden, der Regierungsrat soll nun deshalb umsetzen, er muss nicht interpretieren, er muss ja auch nicht relativieren und schon gar nicht ignorieren. Wenn Behördengesetze nur dann ernst genommen werden, wenn sie ideologisch passen, dann wurde die Aufgabe verfehlt und dann verliert der Staat seine Glaubwürdigkeit und der Bürger verliert das Vertrauen. Basel-Stadt muss endlich aufhören, Sonderwege zu beschreiten, wer das Gesicht verhüllt, begeht eine Ordnungswidrigkeit, Punkt, und das muss geahndet werden, so wie jeder andere Verstoss auch. Ich erwarte, dass der Regierungsrat und die Kantonspolizei das Verhüllungsverbot künftig konsequent anwenden, und zwar ohne politische Scheuklappen. Ich bin mit der Beantwortung meiner Interpellation nicht zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

45. Motion Barbara Heer und Konsorten betreffend Entschädigung der angeordneten Umkleidezeit aller Mitarbeitenden der Verwaltung in der Form von Zeit, Stellungnahme des RR

[19.11.25 11:31:54, 25.5010.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 2 Jahren. Tanja Soland kommt später, deshalb hat Barbara Heer als Fraktionssprecherin der SP das Wort.

Barbara Heer (SP): Ich beantrage im Namen der SP-Fraktion, der GLP und den Grünen, diese Motion zum zweiten Mal als Motion zu überweisen und somit nicht dem Antrag der Regierung zu folgen und es in einen Anzug umzuwandeln. Bis 2024 war es noch normal, dass die Mitarbeitenden der Rettung und der Kantonspolizei sich in ihrer Freizeit umzogen. Wir haben dann hier drinnen anfangs von diesem Jahr die Gelder bewilligt, dass neu eine Geldpauschale von 80 Franken ausbezahlt werden kann für Mitarbeitende der Verwaltung, die auf Anordnung ihre Uniform erst am Arbeitsplatz anziehen können.

Die JSSK hat dem Grossen Rat vorgeschlagen und der Grosse Rat hat es so beschlossen, diese Gelder für drei Jahre zu befristen, weil wir grundsätzlich zum Schluss gekommen sind, dass nicht eine Geldpauschale der richtige Weg ist, sondern ein Wechsel auf Zeitgutschriften respektive ein Auftrag zur Integration in die regulären Einsatzpläne. Wir haben dann das an die Erwartung geknüpft, dass die Regierung jetzt diesen Wechsel prüft und dann umsetzt per 2028. Einen Teil der JSSK-Mitglieder, zwar nicht als Kommissionsmotion, aber viele Mitglieder und viele weitere haben dann diese Motion eingereicht, um damit wirklich einen verbindlichen Auftrag zur Umsetzung zu machen, also zu sagen, die Regierung soll nicht nur prüfen, sondern bis 2028 wirklich die organisatorischen und rechtlichen Bedingungen vorbereiten, damit dann ein Wechsel auf Zeitpauschale oder Integration in Arbeitszeit wirklich umgesetzt wird.

Ich entnehme der Antwort der Regierung zwei Gegenargumente. Das eine ist, dass doch wieder deutlich auch angedeutet wird, dass der Personalmangel ein sachlicher Grund sei, die Geldpauschale beizubehalten. Wegen dieser Skepsis der Regierung ist es ganz wichtig, dass wir dies weiterhin als Motion behandeln, um da auch wirklich verbindlich zu sagen, nein, wir möchten diesen Wechsel hier vollziehen, denn gerade auch ist es ja ein Instrument, um dem Personalmangel entgegenzuhalten. Die Belastung für die Einsatzkräfte auch mit den belastenden Wochenendeinsätzen ist sehr hoch und hier mit der Integration in Arbeitszeit oder Zeitpauschalen bewirken wir doch eine kleine, aber feine Reduktion der zeitlichen Belastung des Personals. Andere Spitäler, Polizeikorps und Feuerwehren haben das auch gemacht, Basel kann das in dem Fall auch machen.

Der zweite Punkt der Regierung ist ein zeitliches Argument. Sie argumentieren, dass es ein sehr dicht gedrängter Plan ist und man doch sehr sorgfältig an das Thema herangehen muss, weil man zum Teil Dienstpläne doch etwas umfangreicher umstellen muss. Ich habe jetzt nochmals kurz Rücksprache auch mit anderen hier genommen. Wir hätten jetzt zwar problemlos die Mehrheit, also problemlos, ich hoffe, wir hätten die Mehrheit, weiterhin auf diesen zwei Jahren Umsetzungsfrist zu beharren, möchten hier jetzt aber auch Hand reichen, damit die Regierung genügend Zeit hat, das mit der notwendigen Sorgfalt umzusetzen.

Das heisst, ich beantrage hier jetzt, dass die Umsetzungsfrist verlängert wird, also innerhalb von drei Jahren, also konkret wäre dann die Idee, dass die Regierung dann halt für das Jahr 2028 nochmals beim Grossen Rat die Geldpauschale bewilligt, aber per 2029 dann mit einem Ratschlag ans Parlament tritt, um dann eben diesen Wechsel hin zu Zeitpauschale oder Integration in Arbeitszeit dann per 2029 zuhanden des Parlamentes, dass wir das dann bewilligen können und es dann auch umgesetzt wird. So komme ich quasi dem Bedürfnis der Verwaltung, dies sorgfältig aufzugleisen, mit dieser Fristverlängerung entgegen.

In dem Sinne beantrage ich weiterhin Überweisung als Motion und Umsetzung innerhalb von drei Jahren, sodass das dann ab 2029 umgesetzt werden kann.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft. Tanja Soland hat das Wort.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Sie wollen zwei Dinge. Das eine ist, Sie wollen eine Verordnungsanpassung. Das heisst wir haben bisher in der Verordnung zur Umkleidezeit vorgesehen, dass es einen Grundsatz gibt, und der Grundsatz ist die Zeit, also Umkleiden in der Arbeitszeit. Das ist der Grundsatz, der wird auch so gehandhabt. Und dann haben wir eine Ausnahmebestimmung, dass falls das nicht möglich ist, dass es auch in Geld ausgeglichen werden kann. Das erscheint mir rein von der generellen Norm, die wir haben, wirklich sinnvoll. Das machen wir sehr häufig, wir haben einen Grundsatz und irgendwo eine Ausnahme, die es ermöglicht, je nachdem. Jetzt betrifft es die Kapo, das könnte aber auch mal einen kleinen Kreis betreffen, es gibt Gründe, warum das zum Teil schwierig ist. Also Sie wollen auch das ändern, Sie wollen, dass wir die Verordnung ändern und keine Ausnahme für niemanden mehr haben. Gut, das ist das eine.

Das andere, was noch viel schwieriger ist, Sie wollen, dass die Kantonspolizei dies in recht kurzer Zeit ändert. Die Diskussion hat stattgefunden in der Kommission und Sie haben ja auch gehört, dass man das Thema anschaut, aber wie Sie alle hier wissen, gibt es bei der Kantonspolizei im Moment sehr viele Projekte, es ist eine angespannte Personalsituation, die Organisation ist neu, usw. Das ist nicht Klick, sondern man muss die ganzen Arbeitszeitmodelle anpassen und ändern und das ist schwierig, wenn Sie zu wenig Personal haben. Sie müssen ja auch die Mitarbeitenden abholen, wir wollen ja nicht, dass die Unzufriedenheit wächst, wir müssen jetzt immer sehr vorsichtig vorgehen. Da muss man schauen, aha, ein neues Modell, brauchen wir mehr Personal, ja aber woher, wenn die Situation schon angespannt ist. Sie erhöhen hier also den Druck und wir aus der Regierung finden, unnötig. Sie haben ja bereits die finanziellen Mittel eingeschränkt. Sie haben gesagt, wir müssen sowieso wiederkommen, Sie geben nur Geld bis 2027. Das heisst, die Diskussion findet wieder statt. Und klar sind wir dankbar, wenn Sie jetzt um ein Jahr verlängern, aber Sie müssen sich bewusst sein, da muss man ein Jahr vorher bereit sein, wenn man das Modell ändern will, das heisst, das JSD muss jetzt mit Hochdruck arbeiten und sagen, so jetzt neues Projekt, das muss jetzt auch noch durch.

Ich verstehe Ihren Unwillen und ich verstehe, dass Sie sagen, man soll es über die Arbeitszeit machen, aber ich sehe das Problem nicht, warum Sie jetzt genau in diesem Bereich, wo ich sonst bei Ihnen sehr viel Verständnis spüre, nicht sagen, lassen wir ihnen diese Zeit, die Sie brauchen. Sie können jedes Mal beim Geld neu darüber diskutieren, warum lassen Sie ihnen nicht diese Zeit, das verstehe ich nicht. Daher haben wir gesagt, machen wir einen Anzug, es wird geprüft, es wird berichtet, spätestens wenn wir neues Geld brauchen, wird die Diskussion nochmal losgehen in der JSSK, kann man sich informieren, wo steht das Projekt, usw. Ich glaube, das ist der Hauptdiskussionspunkt.

Und Sie sehen ja, wie wichtig es mir ist, weil meine Kollegin sitzt da drüben, ich muss mich für zwei Departemente einsetzen, weil die Verordnung bei uns ist. Das wäre eine kleine Sache, es ist nur eine Anpassung, aber ich glaube, die grosse Sache ist, dieses Projekt jetzt zu stemmen. Lassen Sie ihnen doch die Zeit, die sie brauchen. Sie haben ihnen das Geld erhöht, die Pauschale ist höher, ich glaube, das ist recht fair, ich glaube, das ist so sinnvoll, dass man das so gemacht hat, aber jetzt

lassen Sie ihnen doch die Zeit und überweisen Sie den Vorstoss als Anzug. Sie haben vorhin schon an der Motion festgehalten, jetzt dürften Sie einmal für die Regierung… okay. Sie sehen, ich versuche es auf alle möglichen Arten. Aber wir haben Sie verstanden, wir haben Sie gehört, wir wären aber sehr dankbar für mehr Zeit, aber wir wären noch dankbarer, wenn Sie jetzt sich einen kleinen Ruck geben und für den Anzug stimmen würden, dass wir die Kapo jetzt nicht zusätzlich unter Druck setzen müssen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Barbara Heer und Weitere beantragen die Überweisung als Motion. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Überweisung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

31 Ja, 61 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0007671, 19.11.25 11:43:13]*

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 3 Jahre

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten die Motion weiterhin als Motion behandeln mit 61 Nein-Stimmen gegen 31 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung. Ein Antrag auf Nichtüberweisung wurde nicht gestellt. Das Geschäft ist erledigt.

46. Anzug Beda Baumgartner und Konsorten betreffend Bekämpfung des Fachkräftemangels – mehr Lernende im Bereich der Informations-und Kommunikationstechnik in der Verwaltung, Schreiben des RR

[19.11.25 11:43:28, 22.5573.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum, es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

47. Motion Ivo Balmer und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den aktiven Landerwerb, Stellungnahme des RR

[19.11.25 11:43:56, 25.5089.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Tanja Soland kommt später, dann hat Daniel Gmür als Sprecher der SP das Wort.

Daniel Gmür (SP): Der Handel mit endlichem Boden, ich möchte das Problem noch nicht einmal erst bei der Spekulation sehen, treibt den Bodenpreis in die Höhe. Soweit, nehme ich an, alle einverstanden. Was folgt nun daraus? Die Verschuldung der Eigenheimbewohner*innen steigt, die Mietzinse steigen, die Kaufkraft unserer Bevölkerung sinkt und immer weniger können sich ein Eigenheim leisten. Wir haben es in der Oktober-Session gehört, als es um die Hypotheken als Hauptschulden unserer Bevölkerung ging. Wir haben es auch gehört, als es um die Handänderungssteuerhalbierung ging. Wir werden es heute mehrfach hören und wir werden es in diesem Rat immer wieder hören, die Bodenpreise sind hoch und das belastet unsere Bevölkerung, egal in welcher Position sie zu diesem Boden stehen.

Die aktive Bodenpolitik, die haben wir bereits entschieden. Auch wenn das vielleicht gewisse nochmals über den Haufen schmeissen wollen, es geht heute nicht darum, heute geht es nur darum, wie und welche Mittel wir dafür explizit zur Verfügung stellen können. Ja, Sie können jetzt behaupten versuchen, dass diese Motion oder diese Rahmenausgabenbewilligung den Bodenpreis in die Höhe steigen lässt. Es ist aber so, dass der Kanton bereits auf dem Bodenmarkt auftritt und es ist so, dass es hier um eine Rahmenausgabenbewilligung handelt. Das heisst, der Regierungsrat kriegt Mittel zur Verfügung, mit denen er Boden kaufen kann. Die Betonung liegt auf kann. Kein einziges Grundstück muss der Regierungsrat kaufen, bei keinem einzigen Grundstück muss der Regierungsrat mitbieten und jetzt kommt das wichtigste, bei keinem einzigen Grundstück muss der Regierungsrat einen Dritten, eine Spekulantin oder ein Spekulant, überbieten, sie können auf dieses Grundstück bieten. Der Kanton tritt hier also nicht in der Rolle eines Preistreibers auf, das machen die renditeorientierten Immobilienhändler*innen selbst ganz vorbildlich.

Eine Lösung, die Eigenheime und Kostenmietvorhaben zum Beispiel tragbarer zu machen, sind Baurechte. Der Kanton als wichtige Baurechtsgeberin bietet hier die Chancen, dass Personen, die sich jetzt den Boden nicht leisten können, trotzdem ein Immobilienprojekt umsetzen können. Sie zahlen dann nur, für die, die nur zuhören und nicht zuschauen, das waren grosse Anführungszeichen, die Baurechtszinsen. Der Kanton verwaltet ja heute schon über 700 Baurechtsverträge mit privaten Eigentümerinnen und Eigentümern. Wenn wir schon beim Bodenpreis sind, dann ist doch genau jetzt der perfekte Zeitpunkt, dass der Kanton so aktiv wie möglich ist, jetzt, wo nach langer Zeit und mit Seltenheitswert die Bodenpreise doch mal stagnieren.

Was wir hier machen, ist nicht der Bau von Sozialwohnungen zulasten des Staatshaushaltes, was wir hier fordern, ist reines Impact Investing. Ich zeichne Ihnen mal kurz die Absurdität des heutigen Zusammenspiels dieses Bodenmarktes mit dem Staatshaushalt zusammen. Und auch hier nochmal, ich habe den Markt in Anführungs- und Schlusszeichen gesetzt, Sie können sich vorstellen, warum bei diesen Marktmechanismen. Heute kauft, wir gehen mal von einer klassischen renditeorientierten Immobilieninvestorin aus, ein Grundstück. Sie vermietet diesen Boden in Wohnungen zu möglichst hohen Preisen, wir gehen ja von einer renditeorientierten Investorin aus, und ihr ist es grundsätzlich egal, wenn der Bodenpreis steigt, im Gegenteil, das ist für sie sogar gut, je höher der Bodenpreis, desto kleiner der Verwaltungsaufwand für die Rendite pro investierten Schweizer Franken.

Jetzt kann sich eine Person diese Miete nicht leisten, dann kann sie zum Beispiel Mietzinsbeiträge vom Kanton erhalten. Vielleicht kann sie sich den Mietzins nur leisten, weil sie Prämienverbilligung hat oder weil sie eine andere staatliche Förderung bekommt. Der Staat also zahlt diese Rendite auf diesen Mieten, indem sie die Personen unterstützt, die diese Mieten zahlen können. Damit sich der Staat diese Unterstützung leisten kann, besteuert er einen Teil der Gewinne dieser renditeorientierten Investorin und bekommt dann von ihr ein bisschen Geld, vom Mieter ein bisschen Geld, der ja auch Steuern zahlt, vom Nachbar von diesem Mieter ein bisschen Geld und von allen anderen Personen in diesem Kanton auch noch ein bisschen Geld. Das sammelt er dann zusammen, durch notwendiges Versickern fällt da ein bisschen Geld weg und einen Teil davon gibt er dann indirekt dieser Renditeinvestorin wieder zurück. So funktioniert das heute, wenn wir das Zusammenspiel zwischen den Bodenpreisen und dem Staatshaushalt anschauen.

Nun, die viel bessere Version. Der Kanton kauft das Land, er gibt es an Projekte ab, in denen zum Beispiel die Bewohnerinnen und Bewohner der Wohnungen auf diesem Boden sich selbst organisieren. Wir denken an Genossenschaften. Er gibt es vielleicht auch an eine Eigenheimbesitzerin ab, also eine Einzelperson, die ein Einfamilienhaus auf diesem Boden baut, usw. Nun, was passiert, der Kanton macht Gewinn mit diesem Boden, anstatt dass er zu Lasten der Staatskasse Teile der Miete zahlen muss. Die Personen, die drin wohnen, die zahlen weniger fürs Wohnen und haben mehr Geld übrig, sagen wir mal für zum Beispiel ein Gipfeli beim lokalen Bäcker oder für andere Ausgaben, die für unsere Wirtschaft doch bedeutend hilfreicher sind als für Bodenrenten von renditeorientierten Investoren. Der Kanton könnte sogar diese Wohnung selbst vermieten und hätte dann noch weniger Umwege und auch in diesem Fall könnte er den Mietzins um 10% sinken und immer noch Gewinn machen, anstatt dass er Ausgaben für Mietzinsbeiträge zahlt. Und im Endeffekt, wenn jetzt eine Person auf einer Baurechtsparzelle des Kantons ihr Haus verkaufen will, sinken die Transaktionskosten und die Probleme, die wir in den letzten paar Sessionen angesprochen haben, zum Beispiel bei der Handänderungssteuer, die würden sich ja auch in Luft auflösen, was auch noch dazu führen würde, dass der Bodenpreis nicht in die Höhe getrieben wird, weil er ja nie die Hand wechselt. Was ich in dieser Motion sehe, ist eine Win-Win-Win-Lösung auf liberalste Art durch Impact Investing.

Nun ein paar rechtliche Bemerkungen zu Finanz- und Verwaltungsvermögen. Ja, der Regierungsrat hat in seiner Stellungnahme ein bisschen recht, eine Rahmenausgabenbewilligung bildet einen zweckgebundenen Topf und ist daher

Verwaltungsvermögen. Wie der Regierungsrat aber unter Ziffer 4.1 ebenfalls korrekt festhält, kann aus Mitteln des Verwaltungsvermögens der Erwerb von Grundstücken im Finanzvermögen gefördert werden, um diese dann im Baurecht abzugeben. Und genau für das verlangt die Motion eine Rahmenausgabenbewilligung. Es wird Verwaltungsvermögen gebildet, aus dem Grundstücke im Finanzvermögen erworben werden, um diese im Baurecht abzugeben. Ich zitiere mehr oder weniger das WRFG, das der Regierungsrat ebenfalls zitiert hat. Ich habe also nicht verstanden, wieso hier irgendeine Verwirrung zwischen Finanz- und Verwaltungsvermögen entstanden ist. Ja, ich sehe, streng genommen ist es keine Ausgabe, das ist ja auch, was ich vorhin begründet habe, es ist eine Investition. Nun aber, da die Kompetenz von Entwicklung aus dem Verwaltungsvermögen in das Finanzvermögen gemäss § 51 des Finanzhaushaltsgesetzes den gleichen Kompetenzen folgt wie die Ausgaben, ist wohl trotzdem rechtlich gesehen die Rahmenausgabenbewilligung genau der Ort, wo der Grosse Rat dem Regierungsrat Mittel zur Verfügung stellen kann, um Grundstücke im Finanzvermögen zu erwerben. Von dem her würde ich meinen, ist diese Motion juristisch ziemlich gut gelöst und ich verstehe die Verwirrung überhaupt nicht.

Nun aber verlangt die Motion vom Regierungsrat eine Vorlage, welche diese 260 Mio. Franken ermöglichen. Es steht dem Regierungsrat respektive der Verwaltung, wenn das delegiert wird, frei, damit zu erwerben, was sie möchten. Wir lösen lediglich die Fesseln, die eine allfällige finanzielle Hürde beim Erwerb von Grundstücken darstellen kann, wenn dafür das Geld bereits im Finanzvermögen noch nicht vorhanden ist. Wir geben also die Lösung vor, wir stellen Mittel zur Verfügung und lassen dem Regierungsrat so viel Freiheit dafür wie möglich. Meiner Meinung nach ist das genau die Art Motion, die der Regierungsrat sich doch wünschen müsste. Nach dem Gesagten beantrage ich Ihnen die Zweitüberweisung als Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Adrian Iselin. Diese wird entgegengenommen.

Adrian Iselin (LDP): Vielen Dank, Daniel Gmür, für die Annahme meiner Frage. Sie haben gesagt, es wäre in Zukunft Win-Win-Win. Jetzt haben Sie von der Familie gesprochen, die das Einfamilienhaus im Baurecht auf dem Land des Kantons bauen würde. Das wäre aber für diese Familie nicht Win-Win-Win, weil diese dann einen Baurechtszins und eine Hypothek bezahlt. Ist das nicht etwas falsch?

Daniel Gmür (SP): Sie zahlt die Hypothek in diesem Umfang nicht, wo sie den Boden nicht miterwerben musste.

Balz Herter, Grossratspräsident: Letzter Sprecher vor dem Mittag ist Bülent Pekerman.

Bülent Pekerman (GLP): Wir alle wissen, Boden ist im Kanton Basel-Stadt eine knappe Ressource. Entsprechend gross ist der politische Druck, diesen klug zu nutzen für Wohnraum, öffentliche Nutzungen und eine nachhaltige Stadtentwicklung. Die vorliegende Motion klingt auf den ersten Blick attraktiv. Mehr Mittel für Bodenpolitik, mehr Handlungsspielraum, mehr Einfluss des Kantons auf die langfristige Entwicklung. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass dieses Instrument aus liberaler, finanzpolitischer und auch wohnpolitischer Sicht problematisch ist.

Die GLP anerkennt das Ziel einer vorausschauenden Bodenpolitik ausdrücklich, lehnt diese Motion jedoch ab, da sie das falsche Werkzeug für ein eigentlich richtiges Anliegen ist. Die Motion verlangt, dass der Regierungsrat dem Grossen Rat eine Vorlage für eine Rahmenausgabenbewilligung im Umfang von mindestens 260 Mio. Franken zweckgebunden für den öffentlichen Landerwerb vorlegt. Damit würde der Grosse Rat einen sehr hohen Betrag, rund 5% eines Jahresbudgets, langfristig für einen einzigen Zweck blockieren. In seiner Stellungnahme zeigt der Regierungsrat auf, dass die rechtlichen Grundlagen für eine aktive Bodenpolitik längst bestehen. Es fehlen also weder Instrumente noch Kompetenz und der politische Wille ist meiner Meinung nach auch vorhanden. Was die Motion einführt, ist keine neue Fähigkeit des Kantons, sondern ein sehr starres Finanzkorsett.

Aus GLP-Sicht sind drei Punkte besonders heikel. Erstens, die finanzielle Dimension. Eine Rahmenausgabe von 260 Mio. Franken ist kein kleiner Baustein, sondern ein Brocken. Der Regierungsrat hält fest, dass eine solche Bewilligung unweigerlich zu zusätzlicher Verschuldung führen würde und somit den finanziellen Handlungsspielraum für andere Aufgaben einschränkt. Jeder Franken kann nur einmal ausgegeben werden, sei es für Schulen, Gesundheit, Klimaanpassung oder eben Bodenpolitik. Eine derart hohe zweckgebundene Summe engt die Prioritätensetzung hier unnötig ein.

Zweitens, die Marktwirkung. Die Motion wirkt wie ein öffentliches Preissignal. Der Kanton kündigt de facto an, mit 260 Mio. Franken als Käufer aufzutreten. Der Regierungsrat weist zu Recht darauf hin, dass eine so klar kommunizierte Kaufabsicht den Markt verzerren kann. Verkäufer*innen wissen dann, dass der Kanton mit grosser politischer beschlossener Kasse

unterwegs ist, und werden sich beim Preis entsprechend verhalten. Anstatt Boden günstiger und zielgerichtet zu erwerben, könnte der Kanton so selbst zum Preistreiber werden. Dies läuft dem Ziel, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, direkt zuwider.

Drittens, die Flexibilität der Bodenpolitik. Eine aktive Bodenpolitik muss Chancen nutzen und je nach Marktlage unterschiedliche Instrumente einsetzen können. Direkte Käufe, Baurechte, Kooperationen mit Genossenschaften, Darlehen und Bürgschaften. Der Regierungsrat argumentiert, dass die bestehenden Instrumente inklusive einer bereits beschlossenen Rahmenausgabenbewilligung für die Wohnraumförderung ausreichen und sich bewährt haben. Eine neue grosse Rahmenausgabe nur für Landerwerb würde Mittel binden, die dann bei konkreten Projekten fehlen könnten.

Darum bitten wir Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Motion nicht zu überweisen. Unterstützen wir stattdessen den Weg einer aktiven, aber flexiblen Bodenpolitik, die den Kanton handlungsfähig hält, den Markt nicht verzerrt und die Finanzen nicht stark belastet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Balmer.

Bülent Pekerman (GLP): Bilateral.

Balz Herter, Grossratspräsident: Diese wird nicht entgegengenommen. Hiermit schliesse ich die Vormittagssitzung.

Schluss der 37. Sitzung

11:59 Uhr